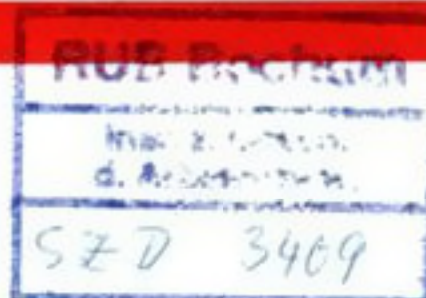
permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR. 23 / DEZEMBER 1978 / PREIS: S 5,-



Iran: Weiter zur sozialistischen Revolution!

"Nur im Märchen ist der böse Wolf, der das brave Rotkäppchen frisst, an allen Übeln der Welt schuld."
(FAZ vom 20.11. zur Rolle des Schah im Iran)

DIE ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN SITUATION IN DEN LETZTEN ZWEI MONATEN

Seit seinem Amtsantritt vor nun etwas mehr als 2 Monaten versuchte der ehemalige Ministerpräsident Scharif Emami und seine 'liberale' Regierung vergeblich, die andauernden Streiks, Demonstrationen und Aufstände zuerst mit "Liberalisierung" und "Demokratisierung" und dann mit brutalstem Einsatz aller Mittel der Regierungsgewalt wenn nicht niederzuschlagen, so doch einzudämmen. Er gab sich wahrhaft Mühe: Einführung des islamischen Kalenders, Schliessung einzelner Spielcasinos, Rücknahme einiger Bestellungen amerikanischer Kriegsgeräte wie dem Frühwarnsystem AWACS und Aufschiebung der seit langem geplanten Lieferung von westdeutschen Kernkraftwerken, Entlassung und manchmal auch Verhaftung berüchtigter Generäle und Polizeioffiziere wie dem ehemaligen Ministerpräsidenten Hoveida und dem Geheimdienst- und SAVAK-Chef Nassiri, Lockerung der Pressezensur, Freilassung von politischen Gefangenen, teilweise Anerkennung des Demonstrationsrechtes, ökonomische Zugeständnisse an streikende Arbeiter und Angestellte, schliesslich die Gesprächsangebote an die gemässigte Führung der bürgerlich-religiösen Opposition.
Alle diese Manöver des Schah-Regimes, die Massenbewegung, die noch zum überwiegenden Teil von bürgerlich-religiösen Strömungen geführt wurde, zu bremsen oder zu spalten, schlugen fehl.
Die 40.000 Arbeiter und Angestellten der iranischen Erdölindustrie setzten ihren Streik, den sie nicht nur wegen ökonomischer, sondern vor allem auch politischer Forderungen - wie der Freilassung aller politischen Gefangenen, Aufhebung des Kriegsrechtes, Sturz des Schah-Regimes - führten, fort. Dies angesichts der Tatsache, dass sich das Schah-Regime auf die Besetzung der Erdölförderstätten durch Militär und die Zwangsaufnahme der Arbeit vorbereitete. Ebenso die Arbeiterschaft in den Kupferminen von Charchechmeh in der Nähe Kermans, die genauso wie die Arbeiter in der Erdölindustrie gerade wegen ihrer politischen Forderungen ihren Ausstand weiterführten, obwohl das Schah-Regime ihre ökonomischen Forderungen erfüllt hatte. Ihrem Beispiel folgten im Oktober 30.000 Arbeiter im Isfahaner Stahlwerk, 30.000 Arbeiter und Angestellte in den Fabriken der Bechar-Gruppe, die Beschäftigten in einer Täbrizer Traktorenfabrik und in einer agrotechnischen Fabrik in der Provinz Chusistan. Von Bedeutung sind noch die Streiks der 150.000 Textilarbeiter, der Hafenarbeiter und der Beschäftigten in der Stahlindustrie in Yazd. Auf dem Höhepunkt dieser Streikbewegung schlossen sich 1 Million Beschäftige in nahezu allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes, der Bahn, der Post, der Banken und Versicherungen und

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Der „österreichische Weg": Kündigungen bei Eumig, Steyr,...!

"Da eine lebendige Wirtschaft dauernden Veränderungen unterworfen ist, habe die Gewerkschaftsbewegung auch immer nur von einem Recht auf Arbeit und von der Erhaltung der Vollbeschäftigung, aber nicht von der bedingungslosen Erhaltung eines jeden Arbeitsplatzes gesprochen". So ÖGB-Präsident Benya auf dem 9. Gewerkschaftstag der Land- und Forstwirtschaftsarbeiter im September des Jahres.

Wenn man sich die Mühe machen würde, könnte man sicherlich schon einige völlig verschiedene Aussagen zur "Arbeitsplatzsicherung" festmachen können, die von der sozialdemokratischen Führung in den letzten Jahren abgegeben wurden. Eben den "Veränderungen" einer "lebendigen Wirtschaft" entsprechend...

Doch angesichts der jüngsten Kündigungswelle zeigt sich, daß diese "Veränderungen" für viele Arbeiterinnen und Arbeiter nur in eine 'Richtung' gehen. Während auf den SPÖ-Plakaten der freundliche, brave SP-Arbeiter mit "Hand aufs Herz" versichert, daß es "den meisten von uns" gut geht und unter den gegebenen Umständen wohl eher einem Herrn aus der SP-Parteizentrale gleicht, der sich für eine Aufnahme in die 'Kluft' geschmissen hat, als einem Steyr-Arbeiter, wurden schon längst von den Eumig-Kapitalisten, von den Herren bei Steyr und Bauknecht gemeinsam mit den SP-Betriebsratsbonzen die Kündigungslisten geschrieben. Doch Kreisky weiß ja ohnehin, daß die "Marktwirtschaft" nicht "sozial" ist. Trotzdem ist er für sie. Wie beruhigend für die Arbeiterinnen von Eumig...

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

Inhalt

Spanien....................... 2
Prinzipienerklärung von SOAK, GRM und IKL.................. 4
IRAN-DEMO: KPÖ und Polizei gegen die Linke.............. 8
Antwort an die 'rotfront'......14
Berufsverbote in Österreich?...15
GEGENPOL: Erfolge und Probleme ..19
"Welch ein Sieg": Zum Ausgang der Volksabstimmung..........22

kurz kommentiert

Operettenputsch in Spanien

In Spanien hat - schenkt man den Meinungen und Meldungen der bürgerlichen Medien, aber auch den Presseorganen der Sozialdemokraten und Stalinisten Glauben - endgültig die 'Demokratie' gesiegt. Lediglich einige 'terroristische Vereinigungen' gefährden diese wiedererrungene 'Demokratie' und es soll daher Aufgabe aller 'fortschrittlichen Kräfte' sein, die Demokratie gegen die terroristischen Anschläge der ETA, Grapo etc. zu schützen und zu verteidigen. Die reformistischen Parteien mobilisieren zu diesem Zweck tausende Arbeiter, um gegen diesen 'faschistischen Linksterror' zu demonstrieren. Carrillo, Gonzales Galvan und Konsorten marschieren geschlossen Schulter an Schulter gegen die "Feinde der Demokratie". Mit solcherart massiver Unterstützung scheint die junge 'Freiheit' gesichert und in guten Händen zu sein, ist doch die Arbeiterklasse beruhigend in die Fesseln des Parlamentarismus gelegt.
Doch das Spiel lief anders ab. Der Angriff kam von einer ganz anderen Seite, als es die Verfechter der bürgerlichen Demokratie erwartet hatten, denn Teile des Militärs planten einen Putsch. Man braucht jetzt jedoch diese Verschwörung spanischer Militärs nicht überbewerten - der Angriff war sehr dilettantisch geplant, und vor allem fehlte die notwendige soziale Basis für einen erfolgreichen Coup - aber er zeigte eine Tendenz innerhalb der spanischen Gesellschaft; eine Tendenz der Klassenpolarisierung, die wegen der Unfähigkeit des Regimes, die sozialen Probleme zu lösen und des Konformismus der Reformisten mit diesem Regime, in Ansätzen Teile des Kleinbürgertums nach rechts treibt.

Die Verschwörung war für den 20. November geplant. Ziel der Verschwörer war es, am dritten Todestag des Generalissimo Franco, den jetzigen Regierungschef Suarez zu verhaften, und "ihn dann zu zwingen, den Weg für eine neue, weit rechts gerichtete Regierung freizugeben, die dann den Demokratisierungsprozeß stoppen sollte." (FAZ, 20.11.1978) Zur gleichen Zeit planten Parteien und Gruppierungen der extremen Rechten Großkundgebungen zu Ehren von Franco. Am Sonntag versammelten sich etwa Hunderttausend vor dem Madrider Königspalast. Führer von rechtsextremistischen Gruppierungen wie Breas Pinan und der frühere Franco-Minister Giron forderten in Reden die Spanier auf, gegen die neue Verfassung zu stimmen und appelliertenan das Militär, die Macht zu übernehmen, und die 'alten Zustände' wiederherzustellen. Der Chef der Guardia-Civil der Südostregion, General Atares, stieß in einer Versammlung vor über tausend Offizieren in dasselbe Horn und bezeichnete den Verteidigungsminister Gutierrez Mellado als "Verräter". Am Sonntag sah man dann Demonstranten mit Hakenkreuzabzeichen auf Armbinden durch die Straßen ziehen. Am späten Nachmittag fuhren zahlreiche Autos mit rechtsextremen Demonstranten von Madrid zum 15 Kilometer nördlich der spanischen Hauptstadt gelegenen Kasernenbezirk El Golloso, um zu versuchen, sich mit den dort stationierten Militärs zu 'verbrüdern'. In El Golloso befindet sich unter anderem eine Brigade der spanischen Panzer-Division Brunete, der schlagkräftigsten Operations-Division des spanischen Heeres überhaupt. Zum selben Zeitpunkt zogen noch Gruppen von Fuerza-Nueva-Anhängern (Fuerza-Nueva ist eine rechtsextreme Partei, deren Führer Blas Pinar ist) durch Madrid und riefen, der König, der sich gerade in Mexkio aufhielt, solle gleich für immer dort bleiben und die "Verräter" Suarez und Gutierrez Mellado sollten das Land verlassen. Zahlreiche Polizisten zeigten ihre offene Sympathie mit den rechtsextremen Demonstranten, indem sie wie diese den Arm zum faschistischen Gruß erhoben, teilweise sogar aus den Fenstern der Polizeijeeps heraus.

Die Verschwörung, genannt "Operation Galaxia" nach dem Namen des Cafes, in dem sich ihre Mitglieder gewöhnlich trafen, mußte seit langem den Staatsorganen und den Arbeiterorganisationen bekannt sein, denn die rechtsextreme Zeitung "El Imparcial" hat Wochen vorher schon für den Putsch geworben, und Blas Pinar sagte an dem Putschwochenende vor Journalisten, daß die jetzige Lage in Spanien eine "nationale Erhebung" rechtfertige und faschistische Terroranschläge nahmen zu. Gewerkschaftslokale wurden überfallen und in Brand gesteckt, Arbeiter überfallen und niedergeprügelt. Trotzdem wurden alle Kundgebungen erlaubt, lediglich einige führende Verschwörer wurden verhaftet. Die faschistische Nachfolgebewegung hat die Möglichkeit legal zu operieren; ihre Dienste sind zwar im Moment noch nicht erwünscht, man könnte sie aber einmal brauchen, muß ihr daher Möglichkeiten zur Entwicklung geben. Geht der bürgerliche Staatsapparat in einer Situation, in der die Frage Sozialismus oder Barbarei (lies Faschismus) noch nicht aktuell gestellt wird, derart gönnerhaft mit den Faschisten um, so kann man sich dem Argument nicht verschließen, daß in einer äußerst zugespitzten Klassenkampfsituation der bürgerliche Staatsapparat mit den Faschisten Hand in Hand gegen die organisierte Arbeiterklasse vorgehen wird.

Die Abwehr von faschistischen Putschplänen kann daher, soll sie erfolgreich und dauerhaft sein, nur die Arbeiterklasse selbst führen. Der Arbeiter muß danach streben, seine Faust zu bewaffnen und den organisatorischen Rahmen für ein kollektives Auftreten der Klasse zu bilden. Doch von Massenmobilisierungen gegen die drohende Putschgefahr war in Spanien keine Rede. Die Reformisten orientierten die Arbeiter auf den bürgerlichen Staat, der 'demokratisch und fortschrittlich' die notwendigen Schritte gegen die Faschisten unternehmen wird. Lediglich im Falle eines drohenden Sieges der Putschisten wäre an einen 'Generalstreik für den König' gedacht.
Es sollte also die Arbeiterklasse vor den Karren der bürgerlichen Demokratie gespannt werden, um diese zu retten. Doch auch die Losung des Generalstreiks für sich genommen ist nicht ausreichend um den Sieg zu erfechten. Generalstreik heißt die Faust zum Schlage ausholen, aber nicht mehr. Wie zu schlagen ist, und gegen wen sind dabei immer die offenen Fragen. Und gerade im Kampf gegen einen faschistischen Putsch ist dieses Manko deutlich sichtbar. Die Arbeiter müssen zusammengefaßt in proletarischen Wehrorganisationen den Faschisten entgegentreten. Die Situation des Generalstreiks ergibt sich von daher von selbst, kann aber nicht allein Hauptlosung sein. Die Losung des Generalstreiks kann in solch einer Situation nur das Angriffssignal für die bewaffnete Auseinandersetzung sein.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Kündigungen...

Bekanntlich weiss Kreisky doch seit einiger Zeit, dass die Weltwirtschaft in einer "Krise" ist, die auch Österreich betrifft und da die "Marktwirtschaft" auch nicht "sozial" ist, sondern in ihr immer die "Arbeitnehmer" die "Zeche" bezahlen, wie SP-Blecha vor kurzem treffend feststellte, dürfe man auch nicht so viel "Wind" um die Kündigungen machen, oder anders ausgedrückt, Kündigungen habe es "seit 1945 immer wieder gegeben", wie Arbeiterkammerpräsident Czettel (SP) ebenfalls vor kurzem sagte. Zu dieser Haltung der SP-Führung kommt noch der Zynismus von Kreisky, der meinte, die Regierung könne eben keine Kameras von Eumig kaufen, um den Absatz des Konzerns zu sichern. Aber die reformistischen Parteispitzen können ohne die ÖGB-Bürokratie 'ihr Geschäft' nicht ausüben und dieses zeigt sich gerade in den letzten Wochen von seiner brutalsten und widerwärtigsten Seite. Die SP-Betriebsräte erfüllen mehr die Funktion von Personalchefs der Kapitalisten und vertreten diejenigen, von denen sie leben, wahrlich im Sinne von 'treten.' Da wird mit den Kapitalisten gepackelt und geschachert, da werden die Kündigungsabsichten der Kapitalisten geheimgehalten (die Betroffenen bei Eumig erfuhren erst aus dem Radio vom Schicksal, das ihnen die "beste aller Gesellschaftsordnungen" zugedacht hatte) und da wird mitbestimmt, wer "freigesetzt" wird!

In der Sozialdemokratie gibt es seit jeher eine 'Arbeitsteilung' in derartigen Angelegenheiten. Auf der einen Seite die Parteispitzen, die sich zumeist in 'Sorge' ergehen, 'kritische' Töne anstimmen - man lese nur die heuchlerischen Artikel eines Scheuch in der 'AZ': "Sozialdemokraten werden nicht nur dafür eintreten, die Verhältnisse zu ändern, die solche Krisen gebären, sondern auch ein besonderes Mass an Solidarität walten lassen müssen." Dass im parteieigenen Verlag, in dessen Räumen Scheuch derartige Zeilen des öfteren schreibt, Zustände herrschen, die man durchaus als Kapitalistenwillkür bezeichnen könnte, bringt Scheuch bestimmt nicht um den guten Schlaf.

Handelsminister Staribacher wieder, hat auch in solchen Zeiten immer einen kleinen Scherz auf Lager: Er kündigte eine "Aktion - Kauf dir deinen Arbeitsplatz" an, was im Klartext heissen soll, die Menschen sollten eben mehr in Österreich erzeugte Waren kaufen, wodurch der Unternehmergewinn steigen würde und so weiter und weiter - bis zum "gesicherten Arbeitsplatz"... Klar. Jede Woche eine neue Eumig-Polaroid-Kamera (den edlen Motiven der Scheuch'schen "Solidarität" folgend) und einen Kühlschrank von Bauknecht und sollte es doch noch ein "österreichisches Auto" geben, dann am besten eines mit Plastikachsen, denn das würde den Umsatz erheblich steigern...

Auf der anderen Seite dieser unfreiwilliger Humoristen, die sich redlich bemühen, das kapitalistische Chaos zu verwalten,

fungieren die grossen und kleinen Bürokraten des Gewerkschaftsbundes, machen sich - natürlich - auch 'Sorgen', bestimmen über das Schicksal von hunderten und tausenden Menschen und werden noch immer - aus welchen Gründen auch immer - "Betriebsräte" genannt, obwohl sie in vielen Fällen im wahrsten Sinne des Wortes die "rechte Hand" des Kapitalisten sind!

Der "österreichische Weg" dürfte sich in der Realität doch als ordinärer kapitalistischer Weg erweisen: Kündigungen bei Steyr, Eumig, geplante Kündigungen bei Bauknecht, 'Schwierigkeiten' bei der Vöslauer Kammgarn und zu allem Überdruss weiss VÖEST-Apfalter zu berichten: "Der Personalaufnahmestopp und der Abbau von Gastarbeitern werden konsequent durchgeführt. Schulungsmassnahmen werden heuer keine mehr ins Auge gefasst, doch seien derartige im nächsten Jahr nicht auszuschliessen, unter Umständen auch Entlassungen. Seit 1974 hat das Unternehmen im Zuge der Umstrukturierung 5600 Mitarbeiter verloren."

Und die Kapitalisten werden weiter auf ihre Art und Weise "Mitarbeiter verlieren". In einer unerträglich zynischen Sprache wird da von "Ballast abwerfen", von "Bereinigung" und vom Abbau von "Wasserköpfen" gesprochen und hinter all dem dreckigen Kapitalistenjargon steht die Unsicherheit, Angst und Existenz von tausenden Menschen, deren einzige Hoffnung darin besteht, dass ein anderer von diesem Pack, ihre Arbeitskraft benötigt!

EUMIG UND STEYR

Der Paradebetrieb des kapitalistischen Österreich auf dem Exportsektor - Eumig - 'trennt' sich nun nach und nach von einem Siebentel der Belegschaft, d.h. mehr als tausend Kündigungen werden ausgesprochen, die Kündigungswelle ist bereits angelaufen. Der Konzern, der einen jährlichen Umsatz von 1,5 Milliarden Schilling hat, bekam staatliche Subventionen von hunderten Millionen Schilling und errichtete vor kurzem ein Werk in Fohnsdorf - einem Paradeprojekt der SP, wo Betriebe angesiedelt werden, um die Arbeitslosigkeit, die durch die Schliessung von Gruben entstanden war, zu 'mildern'. Die Kündigungen sind auf verschiedene Eumig-Betriebe aufgeteilt und betreffen vor allem Frauen, die in einem bestimmten Produktionsbereich beschäftigt waren. Darüberhinaus wird aber bereits von weiteren Kündigungen Anfang des nächsten Jahres gesprochen, die den Angestelltenbereich betreffen sollen (sogenannte 'Arbeitsplatzuntersuchungen' kündigen meist Kündigungen an). Der Konzern, der vor allem Kameras und Filmprojektoren erzeugt, steht in hartem Konkurrenzverhältnis auf dem Weltmarkt und geriet natürlich in den Taumel der Dollarabwertungen, die seine Exportchancen verschlechterten. Diesen Schwierigkeiten will Eumig durch die Verlagerung der Produktion ausweichen und in den betreffenden Betrieben (in denen in den letzten Wochen Überstunden gemacht und die Lagerbestände gefüllt wurden!) zur Saisonarbeit übergehen, d.h. die Arbeitskraft der Frauen kurzfristig nach Bedarf kaufen. Das 'Zuckerl' des Konzern-Chefs Vockenhuber ('immer im besten Einverständnis mit der SP und der Gewerkschaft'), die nun gekündigten Frauen 'unter Umständen' im kommenden Frühjahr wieder aufzunehmen und den Lohnverlust, durch Aufzahlung auf die Arbeitslosenunterstützung bei Wiedereintritt, zu bezahlen, ist eine Augenauswischerei, die ganz offensichtlich nur den Zweck erfüllen soll, grössere Unruhe in den Betrieben zu verhindern. Abgesehen davon, dass Vockenhuber natürlich gleich einschränkte und bemerkte, dass es "keine Garantie" für eine Wiederaufnahme gebe, können die meisten der Frauen in der Zwischenzeit keine Arbeit finden (d.h. von der elenden Arbeitslosenunterstützung leben, ohne die Gewissheit zu haben, bei Eumig wieder Arbeit zu bekommen). Finden aber die Frauen teilweise Arbeit, verlieren sie das Recht auf staatliche Unterstützung und damit auch die famose "Prämie" des Herrn Vockenhuber... Was SP undGewerkschaftsbürokratie plus Vockenhuber den hunderten Frauen zumuten, ist das monatelange Warten und Hoffen, dass die Geschäfte des Herrn Vockenhuber wieder 'besser' gehen, um wieder an seinen Fliessbändern im Akkord schuften zu dürfen!

Hier, im Falle Eumig zeigt sich aber wieder die Aussichtslosigkeit der SP-Manöver mit staatlichen Investitionsspritzen, steigende Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die 'Freiheit des Kapitals' besteht eben darin, dass es Konkurrenzschwierigkeiten ausweicht, hier auf Lager produziert und zur Saisonarbeit übergeht, dort auf neue Produktionen umsteigt - alles im Sinne der Profitmaximierung! Den Proletariern ist dabei die Funktion der hilflosen Arbeitskraft zugedacht, der einzig die Hoffnung auf 'bessere Zeiten' bleibt.

Ähnlich liegt der Fall bei Steyr. Auch hier handelt es sich um einen exportorientierten Betrieb, dem der von den SP-Bonzen in letzter Zeit oft zitierte 'scharfe Wind' der Krise um die Ohren weht. Einem Teil der mehr als dreihundert auf der 'Liste Stehenden' wurde die 'Alternative' eines Arbeitsplatzes in der BRD angeboten und - eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen - eine 'Beschäftigung' beim Bundesheer! Dies kommt de facto einer Zwangsrekrutierung gleich (pardon, die 'Freiheit' arbeitslos zu sein, besteht natürlich weiter), die mit einem erheblichen Lohnverlust verbunden ist. Arbeiter, die mit ihrem neuen 'Arbeitsplatz' nicht einverstanden sind, können ebenfalls gekündigt werden - mit Einverständnis des SP-Betriebsrates.

Im Falle Steyr kommt noch ein weiterer Aspekt der 'Freiheit des Kapitals' hinzu - die Verlagerung der Produktion in sogenannte 'Billiglohnländer', d.h. die Ausnützung des Konkurrenzverhältnisses zwischen den Proletariern selbst.

Es darf aber nicht übersehen werden, dass es sich hier in diesen beiden Fällen 'nur' um eine grössere Welle von Kündigungen handelt und es gewissermassen 'schleichend' ständig Kündigungen nicht nur in den genannten Betrieben gibt.

Die ansteigende Arbeitslosigkeit, die sinkende Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft, die damit verbundene Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Proletariern (nicht nur im nationalen Rahmen), trifft die österreichische Arbeiterklasse in einer Situation, in der sie völlig der Logik der kapitalistischen Wirtschaft ausgeliefert ist. Genau hier muss der Ansatzpunkt der revolutionären Propaganda liegen - in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Wenn man nun aus den Reihen der SP Stimmen vernimmt, die ein "Frühwarnsystem" fordern (die Kapitalisten sollten die Kündigungen einen Monat vorher öffentlich bekannt geben), kommt dies einer zynischen Hilflosigkeit und einer Verhöhnung der Arbeiter gleich.

Für die österreichische Arbeiterklasse geht kein Weg an der Aufgabe vorbei, sich von der Gebundenheit am Schicksal 'ihres' Betriebes zu lösen und im eigenen, unabhängigen Kampf Schritte zu setzen, die in die Richtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft zeigen. Gerade in einer solchen Situation, erweist sich der angebliche realitätsbezogene Reformismus von SPÖ und KPÖ als völlig fern der Realität, der mit grosser Eindringlichkeit nur eine einzige Alternative für das Proletariat fordert - weg von der angeblichen Gemeinsamkeit mit den Kapitalisten, weg von der Partnerschaft mit einer Wirtschaftsordnung, deren Absurdität und Chaotik die Männer und Frauen des Proletariats immer wieder in die Freiheit des Elends und der Unsicherheit stösst.

Anders ausgedrückt: Nur wenn die Proletarier begreifen, dass ihr Schicksal nicht weiter von den Herren Vockenhuber, Apfalter und Kreisky bestimmt werden darf, werden sie in die Lage versetzt, ihre soziale Existenz wirksam zu verteidigen!

Jede Handlung, die diesem Begreifen folgt, muss aber unausweichlich in die Richtung einer neuen Gesellschaftsordnung gehen, gegen die Demokratie der Kapitalisten!

So zeigt sich gerade in der heutigen Situation eine grosse Kluft zwischen einerseits dem, was nötig wäre zu tun, dem was die Situation erfordert und andererseits dem Bewusstsein der Arbeiterklasse. Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe aller jener, die sich selbst als Revolutionäre verstehen, alles zu tun, um das Bewusstsein auf die Höhe der Aufgaben zu führen.

In der nächsten Ausgabe der 'permanenten revolution' werden wir uns mit den Antworten des maoistischen KBÖ und der KPÖ beschäftigen und dabei alternativ unsere Ansichten darstellen.

ACHTUNG ACHTUNG

Leider ist uns beim Umbruch ein sehr peinlicher Fehler unterlaufen: Im Zuge der Spendenkampagne zum Prozeß gegen unseren Presseverantwortlichen haben wir zwar die richtige Kontonummer, aber die falsche Bank, nämlich die Zentralsparkassa der Gemeinde Wien angegeben! Wir entschuldigen uns für diesen Fehler bei den Spender(inne)n und bitten sie, die Beträge nochmals, allerdings bei der Postsparkasse einzuzahlen. Unser richtiges Spendenkonto lautet nun: Postsparkassenkonto Nr. 7106.024 - Karl Reitter, 1030 Wien Vermerk: § 282

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Iran...

verschiedener Ministerien mit ihren Forderungen nach 50% Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in über 40 Städten des Iran an. Von ihnen wurde nicht nur die sofortige Aufhebung des Kriegsrechtes und die Freilassung aller politischen Gefangenen, sondern auch die Ausweisung aller ausländischer Experten und die Kündigung der 12 Erdölabkommen, die das Schah-Regime mit ausländischen Konzernen und Regierungen geschlossen hat, verlangt. An prominenter Stelle muss auch der Kampf der 400.000 Lehrer erwähnt werden, die seit Wochen die Schulen fast des gesamten Landes geschlossen hielten, und die neben der sofortigen Verbesserung ihrer Besoldung fordern:

- Aufhebung des Kriegsrechtes,
- Freiheit für alle politischen Gefangenen, insbesondere der Lehrer und Schüler und die Rückkehr der Exilierten,
- Keinen Zwang zur Teilnahme an Jubeldemonstrationen und Paraden der Regierung,
- Alle, die für das Blutbad, das den Iran im letzten Jahr erschüttert hat, Verantwortlichen sollen ohne Beachtung ihrer offiziellen Position vor Gericht gestellt werden,
- Für das Recht der Lehrer, ihre eigene (unabhängige) Gewerkschaft zu gründen und eine eigene Zeitung zu veröffentlichen,
- Entfernung der "security offices" (SAVAK) von allen Schulen und allen Bereichen des Erziehungsministeriums,
- Durchgehende Veränderung des gesamten Erziehungswesens im Iran, einschliesslich der freien Wahl der Leiter der Studenten und Lehrer und Einführung neuer Lehrbücher unter direkter Beteiligung der Lehrer und Studenten.

Unter dem gewaltigen Druck dieses Ausstandes sah sich das Schah-Regime gezwungen, den Vorsitzenden der Lehrervereinigung des Iran Darakhshesh, der wegen eines Artikels gegen die Einmischung des SAVAK in den Erziehungsbereich verhaftet worden war, nach 10 Tagen wieder freizulassen. Ergänzt wurden diese Streiks durch die Aktivitäten einer ungeheuer grossen Anzahl von Studenten, die seit dem 7.10. nahezu alle Vorlesungen bestreikten und jeden Tag durch Demonstrationen ihren Forderungen nach Sturz des Schah-Regimes Freilassung aller politischen Gefangenen etc. Ausdruck gaben. Ungeheuer mutig verhielten sich auch 4.000 Beschäftigte der grössten im Iran erscheinenden Tageszeitungen 'Kayhan' und 'Etela'at', die gegen die Demokratisierung in der Form,- dass Zeitungen nur noch nach Gerichtsbeschluss verboten werden können,-dass selbstverständlicherweise keine Artikel gegen die Monarchie, den Schah und die Gesetze des Islams veröffentlicht werden dürfen, - dass Militär und SAVAK vorübergehend die Redaktionsräume der Zeitungen besetzten und Kopien sämtlicher Artikel verlangten, sofort das Erscheinen der Zeitungen einstellten. Ihnen folgten landesweit am nächsten Tag 5 weitere Zeitungen. Trotz der ungeheuren Unterdrückung veröffentlichten die Redakteure bei Wiedererscheinen der beiden Blätter Aufrufe der streikenden Arbeiter und Angestellten zur Unterstützung ihres Kampfes an die Bevölkerung. Am Vorabend des Geburtstages des Schah am 27.10. stellten sie ebenso wie die Beschäftigten dreier grosser Fernsehanstalten ihre Arbeit wieder ein. Nachdem der Schah anlässlich seines Geburtstages für den 28.10. die Freilassung von 1.126 politischen Gefangenen verfügte, fand an diesem Tag eine mehrere Stunden dauernde Demonstration in Teheran statt, nicht nur um die Freigelassenen zu empfangen, sondern auch um die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen zu manifestieren.

DAS MILITÄRREGIME AZHARI'S

In dieser Situation, die sich durch riesige Demonstrationen am Wochenende des 4./5.11. der Schüler, Studenten, Arbeiter, Bauern und des städtischen Kleinbürgertums, der Zerstörung von Niederlassungen ausländischer Banken und Fluggesellschaften, verschiedener Hotels, Angriffe auf ausländische Botschaften, vor allem die der USA, aber auch und vor allem auf Büros von Polizei und des gefürchteten SAVAK und mehrere Ministerien für das Schah-Regime in dramatischer Weise zugespitzt hatte, griff es zu einem seiner letzten Mittel: der Einsetzung einer Militärregierung unter dem bisherigen Chef des Oberkommandos der Streitkräfte, General Gholem Reza Azhari. Dieser schahristische Bluthund, der sein Handwerk auch in den USA gelernt hat, liess sofort die Bevölkerung via Rundfunk warnen: "Die Bestimmungen des Kriegsrechtes würden ab sofort scharf gehandhabt. Versammlungen von mehr als 2 Personen seien strikt verboten..." (FAZ, 7.11.) Sämtliche Schulen und Universitäten wurden sofort geschlossen, der Rundfunk und das Fernsehen unter die totale Kontrolle des SAVAK gestellt, die verschiedenen Zeitungen nicht nur von der Polizei durchsucht und unliebsame Redakteure verhaftet, sondern direkt besetzt und am Erscheinen gehindert. Das Militär besetzte die wichtigsten Erdölraffinerien, um nicht nur die Erdölförderung, die durch den nahezu lückenlosen dreiwöchigen Streik auf ein Viertel gesunken war, durch Niederschlagung des Streiks wieder anzukurbeln, sondern auch um die Versorgung Teherans, der wichtigsten Machtmetropole des Schah-Regimes, zu gewährleisten. Alle diese Massnahmen, die später noch durch eine Verhaftungswelle ergänzt wurden, stossen jedoch nicht nur auf den erbitterten Wider-

Diskussion mit iranischen Genossen

Mit einer Veranstaltung unserer Organisation am 8. November zur iranischen Revolution, begann eine sehr erfreuliche Entwicklung, die hoffentlich noch ausgeweitet werden kann.

Viele iranische Genossinnen und Genossen kamen zu dieser Veranstaltung und griffen - unterschiedliche Standpunkte vertretend - in die Diskussion ein. Der Schwerpunkt dieser Diskussion lag klarerweise bei den Ereignissen im Iran und vor allem bei ihrer politischen Bewertung. Es waren nicht Probleme sprachlicher Natur, die es zu überwinden galt, sondern - so glauben wir - doch unterschiedliche Herangehensweisen, obwohl es unter den iranischen Genossen durchaus unterschiedliche politische Linien gibt, die im Wesentlichen nicht 'einzigartig' sind, sondern internationalen ideologischen Strömungen entsprechen (auch wenn solche Strömungen nicht international organisiert sind).

Nach der ersten Diskussion stand für alle Beteiligten fest, daß nur Schwerpunkte der Diskussion (und auch der Differenzen) festgemacht werden konnten, diese selbst aber nicht weit und tief genug ging, was aber auch nicht anders möglich war. Nichts lag nun näher, als eine Fortsetzung der Diskussion am 22. November, also an dem Termin, an dem wir eigentlich eine Veranstaltung zum "Prager Frühling" angesetzt hatten.

Im Mittelpunkt dieser Diskussion stand der Klassencharakter der iranischen Revolution, also die Frage, welche Klasse imstande ist, das Schah-Regime nicht nur zu stürzen, sondern auch eine neue Gesellschaft zu errichten. Davon abgeleitet werden natürlich Fragen wie die Etappen-Theorie, historische und aktuelle Beispiele aufgerollt und behandelt. Der zweite Abend - nach der Demonstration des 22. November - konnte die Diskussion zwar durchaus deutlicher machen, aber die Fragen nicht genügend klären. Der Vorschlag eines iranischen Genossen, in die Diskussion auch lateinamerikanische Genossen einzubeziehen, ihre Erfahrungen (Chile!) zu diskutieren, wurde nach einer Diskussion aufgegriffen; trotzdem ist es natürlich dennoch notwendig die iranische Revolution weiter zu behandeln. Die folgenden Diskussionen werden hoffentlich beweisen, daß die Erfahrungen der chilenischen Revolution notwendiger Bestandteil einer Betrachtung und Einschätzung der iranischen Ereignisse sind.

Diese erfreuliche Entwicklung wird auch ihren Niederschlag in der 'permanenten revolution' finden (ob in Form von ständigen Berichten oder weitergehend, im Abdrucken von Diskussionsbeiträgen, kann heute noch nicht gesagt werden).

Die iranischen Genossen haben eine große Verantwortung. Ihre politische Klarheit kann, wenn nicht heute, so vielleicht morgen, den Ausschlag geben für einen Sieg der Revolution. Andererseits kann ihre Unklarheit, das Fehlen des 'bolschewistischen Faktors', diesen Sieg verhindern. Wir betrachten es als unsere elementarste Aufgabe und freudige Pflicht, in der Diskussion und Auseinandersetzung vielleicht dazu beitragen zu können, daß Fragen und Probleme der iranischen Revolution deutlicher und klarer werden. In diesem Sinne wurde mit den beiden Diskussionsveranstaltungen ein erfreulicher Anfang gemacht!

stand der Führer der Opposition, sondern mobilisieren den radikalen Widerstand der Bevölkerung: der Streik in der Erdölindustrie und in anderen Industriezweigen geht bis heute weiter, am Mittwoch, dem 8.11., fand eine der unzähligen Demonstrationen im Basarviertel Teherans statt, der sich das Schah-Regime nur mit massiven Einsatz des Militärs erwehren konnte. Die Drohungen des Militärregimes, das Kriegsrecht jetzt wirklich durchzusetzen, zeigten keine Wirkung: Zu Beginn dieses Monats fanden in über 40 Städten Irans Demonstrationen gegen das Schah-Regime statt. Selbst in Kleinstädten mit nur ca. 100.000 Einwohnern demonstrierten 40.000-60.000 Menschen, die mancherorts der einschreitenden Armee, nachdem Solidarisierungsversuche mit den einfachen Soldaten scheiterten, blutige stundenlange Strassenschlachten lieferten.

Neu, im Gegensatz zu etwa 2 Monaten vorher, an diesen Demonstrationen und Aufständen ist, dass sie heute nicht mehr nur von den religiösen Führern der Opposition, den Shiiten, geführt werden, sondern, dass sie in zunehmendem Mass von den einzelnen Schichten der Massenbewegung gegen das Schah-Regime selbständig organisiert und durchgeführt werden. So fand z.B. bereits am 25.10. in Teheran eine eigenständige Demonstration der Studenten statt, auf der sich die religiös beeinflussten Studenten unter dem grünen Banner des Islam, ein anderer Block mit roten Fahnen und den Losungen "Für eine revolutionäre demokratische Republik Iran unter Führung der Arbeiterklasse" u.a. versammelte. Beide Gruppen trennten sich nach einiger Zeit, während die erstere zur Moschee marschierte, versammelte sich die andere bei dem Teheraner Fussballstadion zu einem 24stündigen Sitzstreik für die Freilassung aller politischen Gefangenen und der Beendigung des Kriegsrechtes. Eigenständige Demonstrationen der Bauernschaft fanden unter anderem in Arak statt, solche von Arbeitern und Angestellten in anderen Städten des Iran. Wirkungslos blieben nicht nur die Versuche des Schah-Regime, eine Koalitionsregierung mit den gemässigten Führern der bürgerlich-religiösen Opposition wie Sandjabi und Schariat-Madari unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Amini zustandezubringen, sondern auch die Bemühungen, mit Hilfe der "verschärften" Antikorruptionskampagne den Massen Sand in die Augen zu streuen. Zum einen, weil gerade die gemässigten bürgerlichen Oppositionsführer dem erstarkenden Druck der sich radikalisierenden Massen zum Sturz des Schah-Regimes nachgeben müssen, um ihren Einfluss behalten zu können, zum anderen, weil die iranischen Massen sehr genau wissen, dass Korruption und Willkür nicht Auswüchse dieses Regimes sind, sondern seine notwendige Natur. Die Bevölkerung kämpft nicht für die Wiedereinführung des islamischen Kalenders oder gegen die westliche 'moderne' Zivilisation, sondern dagegen, dass eben die Einführung dieser Zivilisation im ökonomischen wie militärischen Interesse des Imperialismus für sie die totale Unterdrückung ihrer elementarsten politischen, ökonomischen und sozialen Bedürfnisse bedeutet. Alle die Massnahmen, die das Schah-Regime im Dienste seiner ausländischen Herren ge-



Brennende Bank in Teheran

troffen hat, wie z.B. die "Weisse Revolution", um den Iran bis 1990 vor die Tore der grossen Zivilisation" zu führen, haben für die Millionen, die in den Kleinbetrieben, im Handwerk und im Handel beschäftigt sind, die in der Landwirtschaft arbeiten und nicht zuletzt für das iranische Proletariat die Ruinierung oder das Leben am Rande einer lebenswerten Existenz gebracht.

Gerade heute, angesichts der Tatsache, dass das Schah-Regime dem Ansturm der Massen nicht mehr lange standhalten kann und so der Einfluss des Imperialismus ökonomisch wie militärisch in Gefahr gerät, lässt Carter sein 'liberales' Lächeln fallen, vergisst auch sein Geschwafel über die 'angeblichen Menschenrechtsverletzungen' im Iran und geht zur offenen Unterstützung des Schah-Regimes über, ohne dabei aber allein zu sein, wie der Besuch des westdeutschen Wirtschaftsministers Lambsdorff im Iran und die wiederholten Äusserungen des britischen Aussenministers Owen zur Unterstützung des Schah-Regimes zeigen: "Wir wünschen dem Schah das Beste. Seine progressive Regierung ist wertvoll für die gesamte westliche Welt." (Carter zu Reza Cyrus, 'Spiegel', 6.11.78) Dass diese Gratulation nicht nur Ausdruck privater Zuneigung ist, zeigt wohl am besten die militärische Bedeutung des Iran für den Imperialismus seit Anbeginn des Jahrhunderts.

Dafür, dass der Imperialismus die iranische Armee als zuverlässige Streitmacht, als Garant des Imperialismus für die Erdölgebiete im Golf, als Waffenarsenal und Basis gegen die Befreiungsbewegungen im gesamten Nahen Osten und als wichtigen Bestandteil der Südostflanke gegen die Gebiete der heute bürokratisierten Arbeiterstaaten in seinen Diensten benutzen kann, hat er gesorgt: "Wir haben eine grandiose Armee, modernste Waffensysteme. Der Schahanschah kauft uns Systeme, von denen andere nur träumen können. Aber glauben Sie nicht, dass wir darüber verfügen können. Ich habe einen amerikanischen Berater, einen hohen Offizier. Der ist immer dabei. Ohne meinen US-Berater kann ich nichts tun. Absolut gar nichts." ('Stern', 6.3.1975) Um dies zu sichern, befinden sich neben den amerikanischen Militär- und Wirtschaftsexperten, deren Anzahl in die Tausende geht, unzählige Berater aus England, BRD, Israel...im Iran. Dass durch die nun seit Monaten andauernde Massenbewegung gegen das Schah-Regime in zunehmender Weise der Imperialismus in Bedrängnis gerät, zeigt zudem die Klage Carters (ORF-Meldung vom 23.11.) über die schlechte Arbeit der Geheimdienste im Iran. Er hat allen Grund zur Besorgnis, und die iranische Revolution muss sich gewahr sein, dass der Imperialismus dieserBesorgnis handfeste praktische Konsequenzen folgen lassen wird. Und falls auch dies nicht reicht, bleibt für den westlichen Imperialismus immer noch das Mittel der militärischen Intervention: "Die Truppen dafür stehen schon bereit. So trainiert die US-Armee in der Wüste Nevada seit Monaten Soldaten für einen möglichen Einsatz im Golf. Zwei Armee-Divisionen und ein Marine-Expeditionskorps - insgesamt fast 100.000 Soldaten - sollen im Ernstfall den westlichen Industrienationen in der Zukunft auch das weiterhin sichern, was sie zu ihrer Existenz brauchen: die Öl-Vorräte am persischen Golf." ('Spiegel' Nr. 47, 20.11.)

Dass die iranischen Massen diese Gefahr sehr wohl erkannt haben, zeigen deutlich die wiederholten Erklärungen und Kommu-

Prinzipienerklärung von GRM, SOAK und IKL

Am Mittwoch, 22.11., wird eine Solidaritätsdemonstration zur Unterstützung der kämpfenden persischen Massen stattfinden. Die zentrale Losung dieser Demonstration wird "Sturz des Schah-Regimes" sein. Mit dieser Losung und mit den wesentlichen Teilen der Plattform für diese Demonstration sind wir, die unterzeichneten Organisationen, voll und ganz einverstanden.

Womit wir allerdings nicht einverstanden sind, ist die Art und Weise, in der die Demonstration durchgeführt werden soll, nämlich der völligen Unterdrückung aller Meinungen, die über die gemeinsame Plattform hinausgehen:
- *Es darf kein anderes Flugblatt als das zentrale verteilt werden;*
- *Nur die von der Aktionseinheit genehmigten Transparente dürfen mitgeführt werden;*
- *Es dürfen nur Losungen der gemeinsamen Plattform gerufen werden.*

Dies beschloß die Mehrheit der Aktionseinheit, die am 8.11. zusammentrat, um die Demonstration zu organisieren, konkret folgende Organisationen: KSV, KJÖ, VSStÖ-Wien, Sozialistische Jugend (vertreten durch den VSStÖ), Verein Afghanischer Studenten, Klub Slowenischer Studenten und die ÖH. Dagegen stimmten: GRM, IKL, SOAK, MLS und die Iranische Studentenorganisation.

Durch das Ultimatum, entweder die oben angeführten Bedingungen zu akzeptieren oder aus der Aktionseinheit auszuscheiden, wurde diese gespalten. Denn die Mehrheit wollte bloß eine Demonstration zu ihren Bedingungen durchführen. Sie verlangte also, daß wir uns ihrer politischen Linie unterwerfen!

Dies lehnten wir ab und haben dazu folgendes erklärt:
1. *Im Interesse einer wirklich breiten Demonstration zur Unterstützung der persischen Massen darf zur Teilnahme an der Demo bloß eine Bedingung gelten: die Akzeptierung der Minimalgrundlage - mit der wesentlichen Forderung "Sturz des Schah-Regimes".*
2. *Es ist Realität, daß es innerhalb der Linken und Arbeiterbewegung verschiedene Organisationen und Strömungen gibt, die sich auf verschiedene politische Zielsetzungen und Methoden gründen. Jede Organisation hat daher auch verschiedene politische Losungen, die über die - deshalb ja notwendige! - Minimalplattform hinausgehen. Dies ist auch bei der Einschätzung und bei der Diskussion um die revolutionären Perspektiven der persischen Revolution der Fall.*
3. *Eine Demonstration dient, wie jede andere Form, auch zur politischen Aufklärung, daher müssen dort die verschiedenen politischen Positionen zum Ausdruck kommen. Das heißt aber, daß auch die volle AGITATIONS- UND PROPAGANDAFREIHEIT ein absolut notwendiger Bestandteil der Organisierung breiter Aktionen der Linken ist. Eine Unterdrückung dieses Prinzips, eine Unterdrückung anderer Positionen, hat die Spaltung der Linken und Arbeiterbewegung zur Folge!*
4. *Wir verurteilen schärfstens die Argumente der Führungen der KSV, KJÖ und SJ gegen dieses, im übrigen sehr alte, Prinzip der Arbeiterbewegung. Sie sagen nämlich, daß wir dann doch die Arbeiter und auch ihre eigene Basis, Arbeiterjugendliche und Studenten, verwirren und abschrecken würden. Wir müßten statt dessen doch auch politisch ein einheitliches und geschlossenes Bild bieten! (Was bloß den Nachteil hat, daß es der wirklichen Situation nicht entspricht)*

Damit sagen die Genossen aber nichts anderes, als daß sie ihre eigene Basis für zu dumm halten, um verschiedene politische Argumente und Konzepte zu begreifen und darüber zu diskutieren, oder für zu ungebildet. In beiden Fällen ist diese Meinung krasser Ausdruck des Zynismus gegenüber der eigenen Basis und den Arbeitern. Denn es ist eine der wichtigsten Aufgaben der linken Organisationen, dafür zu sorgen, daß zumindest ihre eigene Basis in der Lage ist, die verschiedenen Konzepte innerhalb der Linken zu begreifen und zu diskutieren! Dieser Zynismus ist unserer Meinung nach Ausdruck der Angst der Führungen, die bürokratische Herrschaft durch offene Diskussion anderer politischer Konzepte in ihren eigenen Reihen zu verlieren.

Wir, die unterzeichneten Organisationen, befürworten eine offene politische Diskussion innerhalb der linken Bewegung. Daher werden wir uns diesem Ultimatum nicht beugen. Wir werden einen eigenen linken Block in der Demonstration bilden, in dem das Prinzip der Agitations- und Propagandafreiheit voll akzeptiert wird!

Wir rufen alle Genossinnen und Genossen auf, die der gleichen Meinung wie wir sind, sich in diesen Block mit ihren Losungen und Transparenten einzureihen!

FÜR EINE BREITE DEMONSTRATION DER SOLIDARITÄT MIT DEM IRANISCHEN VOLK!
KOMMT ALLE ZUR DEMONSTRATION AM MITTWOCH, 22.11.!
REIHT EUCH IN UNSEREN BLOCK EIN!

Unterzeichner: GRM, IKL, SOAK

WICHTIGE ERGÄNZUNG!!!
Auf der Universität wurden Flugblätter der Rest-Aktionseinheit verteilt, die einen Höhepunkt der bürokratischen Machenschaften darstellen: Die zentrale Losung "STURZ DES SCHAH-REGIMES" fehlt, und im Flugblatt-Text findet sich lediglich die schamhafte Forderung nach dem "Rücktritt" des Schah! Jetzt erst recht kommt es darauf an, daß wir uns als linker Block an dieser Demonstration beteiligen!

niques, die von den verschiedensten Gruppen der Opposition verlautbart, und die Forderungen, die von den Massen gestellt werden: die Ausweisung der ausländischen Experten im wirtschaftlichen und militärischen Bereich, die Auflösung der Geheimdienste v.a. des SAVAK. In militanten *Aktionen gehen die* iranischen Massen ge*gen die Büros der Repressionsorgane* der in- wie ausländischen Mächte vor, greifen sie die Firmenniederlassungen ausländischer Konzerne und Banken und nicht zuletzt die ausländischen Botschaften an.

So ging am 5.11. die britische Botschaft in Flammen auf, die Botschaft der USA konnte nur durch massiven und brutalen Einsatz des Militärs vor den tausenden Demonstranten geschützt werden. Hier hat sich aber bereits auch für einen Teil der iranischen Massen die konterrevolutionäre Rolle der Moskauer wie der Pekinger Stalinisten gezeigt. So liess Breschnew am 19.11. verlautbaren: "Jede Einmischung in Iran, besonders eine militärische Intervention, würde von der Sowjetunion als ein Tatbestand betrachtet, der ihre Sicherheitsrechte berührt." Richtig, wenn diese Einmischung von imperialistischer Seite erfolgt. Was dies aber für diese Sorte von Verrätern an der internationalen Arbeiterklasse heisst, wird klar, wenn er von den "traditionell gutnachbarlichen Beziehungen" mit dem Iran spricht. Die vergangene Geschichte und die aktuelle Gegenwart zeigen in eindeutiger Weise - 1946 paktierte die Sowjetbürokratie mit dem damaligen Reza Schah um Erdölförderkonzessionen in Azerbaijan, denen dann schliesslich die 'Demokratische Republik Azerbaijan' zum Opfer fiel, 1953 unterstützte die Tudeh-Partei nicht die Bewegung nach Nationalisierung der Erdölindustrie, heute spricht die Tudeh-Partei von der "Schaffung künstlichen Aufruhrs" etc. im Iran -, dass die Moskau-Stalinisten kein Interesse an dem unmittelbaren Sturz des Schah-Regime haben. Der internationale Kompromiss mit dem Imperialismus im Rahmen der 'friedlichen Koexistenz' und die eigenen Erdölinteressen sind ihnen wichtiger als das Schicksal der iranischen Revolution, das es mit allen Mitteln, und dies heisst eben auch mit militärischer Unterstützung für die Opposition, zu verteidigen gilt. Über die unrühmliche Rolle, die Hua Kuo-Feng im Iran gespielt hat, als er seinen Besuch angesichts der Unruhen im Iran um 2 Tage verlängert hat, braucht hier wohl kaum mehr ein Wort verloren werden. Wen wundert es da noch, dass inzwischen bei den grossen Demonstrationen in den letzten Wochen immer mehr Transparente nicht nur gegen den US-Imperialismus, sondern auch gegen die Sowjetunion und eben auch gegen China auftauchten! Den iranischen Massen ist wirklich nicht einsichtig - und es braucht ihnen auch nicht sein -, warum ausgerechnet die verstärkten Wirtschaftsbeziehungen zwischen der VR China und dem Iran die Konfrontation des Schah-Regime mit dem US-Imperialismus stärkt, wenn bis vor kurzem noch erklärt wurde, dass der Schahanschah "ein hervorragender Führer seines Volkes" etc. ist und die Meldung der Verhängung des Kriegsrechtes über die sieben grössten Städte des Iran völlig kommentarlos von den Pekinger Nachrichtenagenturen verbreitet worden ist. Dies hat nur insofern damit etwas zu tun, dass die meisten bür-

gerlich-religiösen Führer der Opposition gegen das Schah-Regime erklärte Antikommunisten sind, als die iranischen Massen nur durch eine eindeutige Politik gegen das Schah-Regime - wie z.B. dem Wirtschaftsboykott - davon überzeugt werden können, dass sie in den bürokratisierten Arbeiterstaaten wirkliche Unterstützer ihres Kampfes finden und sich so von ihren reaktionären Führern abwenden. Und dass eben die Sowjetunion und die VR China nur bürokratisierte Arbeiterstaaten sind, die von den direkten Verrätern am Marxismus und an den Oktobertraditionen des Bolschewismus beherrscht werden, zeigt eben deren konkrete Politik einmal mehr im Falle Iran.

25. November in Frankfurt

Wie ernst der Polizeistaat BRD seine Unterstützung des Teheraner Mordregimes meint, hat er mit aller ihm zur Verfügung stehenden Brutalität am letzten Samstag, den 25.11 in Frankfurt gezeigt. Wenn er sich bisher darauf "beschränkt" hat in enger Zusammenarbeit mit der SAVAK iranische Genossinnen und Genossen, die auch im Exil gegen das Schah-Regime kämpfen, zu terrorisieren, ihre Organisationen zu kriminalisieren und selbst gegen 'Amnesty International', die zu den Menschenrechtsverletzungen im Iran nicht geschwiegen hat, vorzugehen, so praktiziert er heute nur mehr militärisch zu nennendes Vorgehen gegen Solidaritätsdemonstrationen. Dem Aufruf der CISNU waren über 10.000 Menschen - andere Angaben sprechen bis zu 20.000 Teilnehmern - nach Frankfurt gefolgt. Hiervon zu Beginn wohl noch ziemlich überrascht, fand sich die Polizei sehr bald - nachdem sie personell und mit mit Tränengas bestückten Wasserwerfern verstärkt wurde - in ihre, uns von Brokdorf und Grohnde bekannte Rolle ein. Das gesamte Stadtviertel, in dem die Demonstration stattfand, wurde abgeriegelt, die Demonstranten in die Seitengassen abgedrängt und der Zug von mehreren Seiten überfallen. Die Folge: Überfälle auf jede kleine Passantengruppe, Verhaftungen, Festhaltungen von mehreren Stunden, Aufnahme der Personalien, meistens ED-Behandlung und 100-150 verletzte Demonstranten, davon einer lebensgefährlich. Mehrere Tage danach waren noch über 10 Genossen, darunter Iraner, vermißt. Im Rahmen ihres Vorgehens versuchte die Polizei das Studentenheim auf dem Universitätsgelände, in dem über 1oo Verletzte untergebracht waren, mit Knüppeln und Rauchgas zu stürmen. Dies konnte nur durch den Einsatzleiter der Feuerwehr gestoppt werden. In der darauffolgenden Nacht zum Sonntag ging der Einsatz der Polizei weiter: auf den Autobahnen und Zufahrtsstraßen wurden die Busse der nach Hause fahrenden Demonstranten gestoppt und deren Insassen nach dem bereits oben geschilderten Verfahren behandelt; so in Nürnberg, Göttingen, Hamburg, Hannover ... Der Hetze gegen den Kampf der iranischen Massen und gegen die Solidaritätsbewegung im Ausland in der westdeutschen Presse "1o.ooo Schah-Gegner prügeln sich durch Frankfurt" werden bald die bereits jetzt angekündigten juristischen Maßnahmen - wie die Ausweisung der "Rädelsführer" und der Versuch des Verbots der CISNU - folgen, wenn nicht der breite Widerstand der Linken entfacht wird.

DIE HAUPTAUFGABEN DER IRANISCHEN REVOLUTION

"Die Wahl des politischen Systems wird durch den Willen des Volkes bestimmt. Wir werden den Entwurf für das Grundgesetz einer islamischen Republik zum Volksentscheid stellen. Augenblicklich steht das Land im Zwiespalt zwischen Tod und Leben, Freiheit und Unterdrückung, Unabhängigkeit und Abhängigkeit, wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Ausbeutung. Die kommende Regierung muss die nationale Existenz retten. Sie muss dem Volk die Freiheit, dem Land die Unabhängigkeit und wirtschaftliche Gerechtigkeit wiedergeben." (A.Khomeini) Trotz der starken Differenzierungen innerhalb des Klerus und der gesamten bürgerlichen Opposition, die bislang offen zu Tage getreten sind, haben sich die Führer der Opposition gegen das Schah-Regime, angesichts der Einsetzung der Militärregierung Azhari und der wachsenden Mobilisierung der Massen auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Bis vor kurzem war es A. Khomeini allein, der als wohl radikalster Vertreter innerhalb der religiösen Opposition den bedingungslosen Sturz des Schah-Regime forderte. "Heute befindet sich das Volk in der Stunde der Wahl: Den Schah wegjagen und siegen oder zerbrechen unter den Stiefeln der Folterknechte ... Der Schah und seine Regierung haben sich ausserhalb des Gesetzes und militärisch gegen die Nation, die iranischen Ideen und die islamischen Prinzipien gestellt...Ich fordere das Volk auf, den Kampf mit Streiks und Demonstrationen fortzusetzen..." Im Gegensatz zu ihm war S. Madari, einer der gemässigten Führer der religiösen Opposition, bereit, sich mit der Verfassung von 1906, der konstitutionellen Monarchie, zufrieden zu geben. "Das Volk, nicht nur wir, fordert die strikte Anwendung der Verfassung und freie Wahlen." Alle diejenigen Gesetze und Dekrete, die das Schah-Regime erlassen hatte, waren richtig, "...die mit dem 'kanun asasi', der persischen Verfassung von 1906, übereinstimmen. Die Verfassung verlangt vom Staat, dass ein Gesetzesentwurf erst dann rechtsgültig wird, wenn er sowohl vom Parlament als auch von den fünf Mudjschtahidin, den dafür ausgewählten Rechtsgelehrten, gebilligt wird." Viel weiter noch ging D. Forouhar, einer der Repräsentanten des rechten und dominierenden Flügels der Nationalfront, die von ca. zehn bürgerlichen Parteien gebildet wird, die aber heute nicht mehr viel mit der des ehemaligen Ministerpräsidenten M. Mossadegh, der mit Unterstützung einer breiten Massenbewegung die Nationalisierung der Erdölindustrie bis dahin versucht hatte, als ihm der CIA-Putsch von 1953 ein Ende setzte, gemeinsam hat. Er forderte nicht nur die Rückkehr zur Verfassung von 1906, sondern biederte sich direkt beim Imperialismus als bürgerliche Alternative zum Schah-Regime an: "Die Regierung versucht, die Vereinigten Staaten und die ganze Welt zu überzeugen, dass Demokratie im Iran Anarchie bedeutet...Das Volk soll auf der Hut sein, dass die Regierung ihren Kampf um Freiheit und Demokratie nicht manipuliert."



Obwohl in letzter Zeit keine Rekruten mehr aufgenommen werden und es immer wieder zu Verbrüderungsszenen zwischen den Soldaten und den aufständischen Massen kommt, erweist sich ein großer Teil der Armee noch immer als die einzige Stütze des verbrecherischen Schah-Regimes

FORTSETZUNG AUF SEITE 1o

22. November: KPÖ und Polizei gegen die Linke!

Als sich am 22.11.1978 rund tausend Demonstranten vor der Unirampe versammelten, um gegen das Schahregime zu demonstrieren, war die Atmosphäre mehr als gespannt. Die KPÖ hatte schon bei der Aktionseinheitssitzung versucht, die Demonstration politisch in die Hand zu bekommen. Wenige Tage vorher ging sie sogar soweit, die Losung "Sturz des Schahregimes" fallen zu lassen und sprach in einem Aufruf in der 'Volkestimme' nur noch verschämt von der "Auflösung der Militärregierung des Schah". Die KPÖ war zu allem bereit, um jeden Hinweis auf Sozialismus und Kommunismus zu unterdrücken und aus der Demo zu verbannen , nach ihrem Willen sollte statt von der Arbeiterklasse und Revolution nur von Demokraten und iranischen Patrioten gesprochen werden. Freilich, die vielzitierten demokratischen "Bündnispartner" sind nicht erschienen (kein Wunder, existieren sie doch in erster Linie nur in den Köpfen der KPÖ-Strategen), die sozialistische Jugend hat sich öffentlich von der Demonstration distanziert (Kreiskys härteres Durchgreifen anläßlich der AKW-Frage scheint auch auf anderem Gebiet die Linken in der SP in die Knie gehen zu lassen). Statt dessen sahen sich die ca. 200 KPÖler einem weit stärkeren Block gegenüber, der von der GRM, der SOAK und uns initiiert wurde. Die Drohungen, die der selbsternannte "Vertreter der österreichischen Arbeiterjugend" (eigene Bezeichnung des KJÖ-Vertreters) ausgesprochen hatte, man werde die eigene Basis (auf der Demonstration entpuppte sich diese Basis als rund zwanzig aufgehetzte KJÖ-Ordner), kaum zurückhalten können, falls sich jemand der Plattform (sprich dem Diktat der KPÖ) nicht beugen würde, hatte niemanden einschüchterm können. Tatsächlich konnte die KPÖ bei dem herrschenden Kräfteverhältnis weder politisch noch mittels Ordner anderen Gruppen ihren Willen aufzwingen.

Allerdings wurde sehr bald klar, daß die KPÖ-Führung diesmal auf ganz andere Kräfte als auf die hinter ihr stehenden 'Massen' gesetzt hatte: Schon vor Abmarsch der Demo wiesen die KPÖ-Bonzen zwischen sich und dem linken Block (unter dem Transparent "Für den Sturz des Schah-Regimes") einen doppelten Polizeikordon ein, offensichtlich um dem linken Block mittels Gewalt die Teilnahme an der Demo zu verunmöglichen. Die Genossinnen und Genossen wichen jedoch rasch auf die Hauptfahrbahn des Ringes aus und sicherten sich so die Teilnahme. Auf der Schlußkundgebung am Schwarzenbergplatz ein ähnliches Spiel. Eine Polizeikette verhinderte das Einfahren der Lautsprecherwagen des linken Blockes, der KPÖ gelang es, zumindest akustisch unter sich zu bleiben.

Daß die KPÖ trotz Polizeihilfe die Propaganda für den Sturz des Schahregimes und die sozialistische Revolution im Iran (um nur zwei Losungen des linken Blockes zu nennen) nicht verhinderm konnte, liegt zum einen daran, daß die Linke eindeutig dominierte - neben dem linken Block demonstrierten auch zahlreiche iranische Genossen unter den verschiedensten Losungen - und zum anderen daran, daß der Staatsapparat natürlich kein übermäßiges Interesse daran hat, sich für die KPÖ herumzuschlagen. Trotzdem kam es zu einigen Rempeleien bei der Abschlußkundgebung, als die Maoisten versuchten, mit ihrem Lautsprecherwagen in die Abschlußkundgebung einzufahren und die Polizeikette zu durchbrechen, was ihnen zum Teil auch gelang. Die rund 150 Maoisten versuchten schon vor Abmarsch in den KPÖ-Block einzudringen, um gegen den 'Sozialimperialismus' zu wettern, was prompt eine Schlägerei mit KPÖlerm verursachte. Ein Vorgehen, das wir für völlig unverständlich und provokant halten. Militanz gegen andere Organisationen der Arbeiterbewegung ist nur dann angebracht und sinnvoll, wenn es darum geht, sich das Recht auf freie Meinungsäußerung zu sichern. In diesem Sinne muß auch ihr Verhalten bei der Abschlußkundgebung anders bewertet werden. Prinzipiell war es richtig es nicht einfach hinzunehmen, daß die KPÖ mittels Polizei die Abschlußkundgebung politisch säubern ließ. Anstatt jedoch am linken Block teilzunehmen, gefielen sich die Maoisten - durch ihr provokatorisches Vorgehen vor der Unirampe noch weiter isoliert - als militante Einzelkämpfer.

So wenig die Maoisten das Recht haben, punkto Arbeiterdemokratie und Meinungsfreiheit das Maul aufzureißen, so sehr wäre es falsch, ihr Verhalten in diesem Falle mit dem der KPÖ auf eine Stufe zu stellen. Sicher - die chinagläubigen Anhänger der Moskauer Schauprozesse haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, daß sie bereit sind, gegen andere Linke mit Gewalt vorzugehen, ihnen zu drohen und ihre Propaganda zu verunmöglichen. Doch bisher, und das ist der entscheidende Punkt, haben sie noch niemals die Staatsgewalt gegen andere Linke eingesetzt. (Was noch nicht ist, kann noch werden: In der BRD führte der KBW- ist etwa vergleichbar mit dem KBÖ - einen Prozeß gegen den KB-Nord, wobei dieser verurteilt wurde.)

AKTIONSEINHEIT MIT DER POLIZEI

Das Vorgehen der KPÖ hat ein anderes Gewicht als Anpöbeleien beim Zeitungsverkauf. Es gehört schon eine große Portion Naivität dazu, zu meinen, das Einschreiten der Polizei sei ohne Zutun der KPÖ erfolgt. Man kann es sich auf den Fingern einer Hand abzählen, daß hier ein abgekartetes Spiel getrieben wurde. Die KPÖ-Führung hatte den Polizeieinsatz ganz klar mit der Staatspolizei und den Verantwortlichen in der Rossauerkaserne abgesprochen. Man kann sich ausmalen, was hier an Denunziation und Verleumdung gegen die "Chaoten" (KPÖ-Jargon für maoistische und trotzkistische Gruppen) gefallen ist.

Das Vorgehen der KPÖ entlarvt auch ihre abgrundtiefe Heuchelei- jeder der ihre Politik kritisiere, spalte und nütze der Reaktion. Man kennt die Masche: Neben den sowieso wirklichen Agenten des Imperialismus im Gewande der Linken, gibt es halt auch verwirrte, vor allem junge Genossen, die zwar sicher viel Richtiges wollen, aber da sie halt nicht den Weg zur "Partei der Arbeiterklasse" und in den Schoß des realen Sozialismus gefunden hätten, nütze ihre Kritik - ob sie wollen oder nicht - "objektiv" eben der Reaktion. Hier hat es sich gezeigt, wer objektiv und subjektiv mit dem Staatsapparat zusammenarbeitet , wessen Politik unmittelbar den Herrschenden nützt. Die Polizei macht sich natürlich nicht deshalb für die KPÖ-Interessen stark, weil sie vom "Sozialimperialismus" infiltriert ist, wie die offenbar nicht mehr mit beiden Beinen am Boden stehenden Maoisten behaupten, sondern weil der Staatsapparat ein fundamentales Interesse daran hatte, eine geschlossene und kämpferische Solidaritätsdemonstration zu verhinderm. Was kommt den Herrschenden gelegener als eine Partei, die den Staatsapparat dazu einlädt, die Demonstration zu spalten und einen Teil zu kriminalisieren?

Eine Fortsetzung - wie könnte es anders sein - fand die Politik der KPÖ in der Berichterstattung in der 'Volksstimme'. Am 23.11. faselt ein ungenannter Redakteur von einer "eindrucksvollen Demonstration". Eindrucksvolle Demonstration? Der Zynismus der KPÖ gegenüber ihren eigenen Lesern ist wohl kaum mehr zu überbieten. Eine auch für österreichische Verhältnisse schwache Demonstration, Schlägereien und Polizeieinsatz gegen einen Teil der Demonstranten, das alles findet die 'Volksstimme' eindrucksvoll. Zugegeben, eine Schlagzeile wie: "Polizei schützt nach Absprache mit KPÖ Schlußkundgebung von 200 Demokraten" könnte doch bei einigen Sympathisanten unangenehme Fragen hervorrufen. Ja, was ein ordentlicher Volksstimme-Redakteur ist, der hat eben gelernt, daß sich die Wahrheit nach den Interessen der Parteiführung zu richten hat.

Der KPÖ geht es darum, ihre Zusammenarbeit mit der Polizei zu vertuschen und zu verleugnen. Wir meinen, daß diese ungeheure Provokation, diese offene zynische Zusammenarbeit der KPÖ mit dem Staatsapparat gegen andere politische Kräfte nicht einfach geschluckt werden darf. In diesem Sinne unterstützen wir auch voll den "Offenen Brief" den die GRM vorgelegt hat, und den wir unterzeichnet haben.

OFFENER BRIEF

ZU DEN VORFÄLLEN AUF DER IRAN-SOLIDARITÄTSDEMONSTRATION
AM 22. NOVEMBER IN WIEN

Am 22. November kam es in Wien zu einer Solidaritätsdemonstration mit dem Kampf der iranischen Massen gegen das Schah-Regime. Das Positive an dieser Demonstration war, daß etwa 1.200 Personen an diesem Tag gezeigt haben, daß sie sich mit der Massenbewegung im Iran verbunden fühlen und bereit waren, ihre Solidarität öffentlich zu zeigen.

Rund um die Vorbereitung der Demonstration und auf der Demonstration selbst kam es jedoch zu einer Reihe skandalöser Vorfälle, die wir öffentlich verurteilen müssen, und die Anlaß zu einer Diskussion derartiger Praktiken sein muß.

Die normale Art und Weise, eine breite Solidaritätsdemonstration durchzuführen, ist die Einigung auf eine Minimalplattform, die es allen an einer Teilnahme interessierten Kräften erlaubt, für die Aktion zu mobilisieren und auf der Demonstration selbst unter ihren Transparenten, mit ihren Losungen und ihren Stellungnahmen aufzutreten. Diese Vorgangsweise ist kein abstraktes Prinzip, sondern sie trägt der realen Situation Rechnung, daß es innerhalb der Arbeiterbewegung politische Differenzen gibt, die offen ausgetragen werden müssen. Daraus folgt das alte Prinzip der Agitations- und Propagandafreiheit, das es allen beteiligten Organisationen ermöglicht, ihre Position zu Fragen, die in der Minimalplattform enthalten sind, vorzulegen.

Bereits in der Vorbereitung der Iran-Demonstration haben die der Kommunistischen Partei Österreichs angehörenden Studenten- und Jugendorganisationen sowie die der KP nahestehenden Ausländerorganisationen klar und unmißverständlich dargelegt, daß sie nicht gewillt sind, die Agitations- und Propagandafreiheit anzuerkennen, seitens der KJÖ kam es sogar zu Drohungen ("Falls andere Flugblätter als die der Plattform verteilt werden würden, kann es leicht passieren, daß unsere Mitglieder darauf in einer Weise reagieren, die zu unkontrollierbaren Maßnahmen führen könnte ."). Diesem Standpunkt schloß sich auch der VSStÖ, der auch für die Sozialistische Jugend anwesend war, an. Begründet wurde dieser Standpunkt mit einem Zynismus sondergleichen: Verschiedene Flugblätter und erst recht der Verkauf von Zeitungen anderer linker Organisationen würde die Teilnehmer an der Demonstration verwirren! Um die eigene Basis von anderen Meinungen abzuschirmen, wird sie entmündigt und man "verbietet" ganz einfach jede Agitation. (In diesem Punkt sind die stalinistischen und sozialdemokratischen Bürokraten sogar noch rechter als das bürgerliche Gesetz, das das Flugblattverteilen und Zeitungsverkaufen bis auf einige Ausnahmen formal überall gestattet!)

Hinter dieser Haltung zeigte sich der Wunsch der stalinistischen Organisationen, ein bestimmtes Konzept durchzuziehen- nämlich eine Demonstration, bei der sich alle Teilnehmer letztlich zu Anhängseln der Parolen und Losungen der Organisationen KSV, KJÖ und SJ verwandeln sollten. Um nur ja niemanden auszuschließen, dem selbst die Losung "Für den Sturz des Schah-Regimes" zu links war, wurde in der endgültigen Fassung des Demonstrationsaufrufes diese Losung gestrichen und statt dessen der "Rücktritt" des Schah gefordert.

Diese Vorgangsweise machte es den Organisationen GRM, IKL und SOAK unmöglich, den Aufruf zu unterzeichnen. Auch die MLS wollte sich diesem Diktat nicht beugen. Daher riefen GRM, IKL und SOAK zur Unterstützung der Demonstration auf, an der sie sich als klar erkennbarer linker Block unter dem Transparent "Für den Sturz des Schah-Regimes" beteiligten. Eine gemeinsame Erklärung und ein gemeinsames Flugblatt wurden vorher verteilt. Bei vorhergehenden Aktionseinheitssitzungen, zu denen GRM, IKL und SOAK eingeladen hatten, waren auch Vertreter der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (VRA) und persische Genossen anwesend, die jedoch weder die Erklärung noch das Flugblatt unterzeichneten. Die MLS hatte sich an keiner Sitzung beteiligt.

Als sich am 22. November die Teilnehmer an der Demonstration bei der Universität sammelten, wurde zunächst geklärt, wie die Demonstration ablaufen sollte: Walter Baier vom KSV erklärte, daß der linke Block hinter dem zweiten Lautsprecherwagen der KP marschieren könne. Unmittelbar darauf nahm jedoch ein zweifacher Kordon der Polizei hinter dem KP-Wagen Aufstellung, ein befragter Polizeioffizier erklärte, daß die Veranstalter (KSV, KJÖ etc.) nichts mit dem Rest der Demonstration zu tun haben wollten. Der linke Block sollte, getreu den Wünschen der stalinistischen Bürokraten, durch einen Quarantänestreifen von 100 Metern, abgeblockt durch die Ordnungshüter des bürgerlichen Staates, vom KSV/KJÖ-Block getrennt maschieren. Gleichzeitig war es zu Rempeleien von stalinistischen Ordnern gegen Flugblattverteiler gekommen. Um das Maß vollzumachen, kam es ebenfalls zum gleichen Zeitpunkt zu einer Schlägerei zwischen Maoisten und KPlern, weil der Kommunistische Bund Transparente die gegen die Sowjetunion gerichtet waren, entrollt hatte. Als sich dann der Demonstrationszug in Bewegung setzte, konnten KSV und KJÖ mit einer neuen Überraschung aufwarten: zwischen ihrem Block und dem Polizeikordon fuhr ein Mannschaftswagen der Polizei und dahinter marschierte - eine Kette KP-Ordner!

Als sich die Demonstration zur Abschlußkundgebung am Schwarzenbergplatz eingefunden hatte, verbot die Polizei auf Wunsch der Stalinisten den Lautsprecherwagen der GRM, IKL und des KB auf den Schwarzenbergplatz zu fahren. Um zu verhindern, daß unsere Lautsprecherwagen von der Nebenfahrbahn aus das skandalöse Vorgehen der KP kritisieren und unsere Abschlußkundgebung durchführen konnten, wurden sie von Polizisten umringt. Versuche, über Megaphone den abgeschirmten KP-Block zu informieren, wurden von den KP-Ordnern und dem KSV niedergeschrien. Trotz allem gelang es eine improvisierte Abschlußkundgebung durchzuführen, nachdem sich der KP-Block aufgelöst hatte.

Die unterzeichneten Organisationen stellen dazu fest:

Wir lehnen es auf das entschiedenste ab, daß politische Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung mit physischer Gewalt ausgetragen werden. Wir verurteilen das gewaltsame Vorgehen der stalinistischen Ordner auf's Schärfste, obwohl wir gleichzeitig das provokative Vorgehen der Maoisten ablehnen.,
Wir fordern eine Erklärung von KPÖ, KSV und KJÖ darüber, seit wann es in der Arbeiterbewegung üblich ist, die Polizei als Schiedsrichter über Differenzen einzusetzen. Wir lehnen es prinzipiell ab, daß der bürgerliche Staat und seine Organe sich in Angelegenheiten der Arbeiterbewegung einmischt. Umso bedauerlicher ist es, daß die Bürokratie der KPÖ zu diesem skandalösen Schritt Zuflucht genommen hat.

Wir erklären:

Auch in Zukunft werden wir unserer internationalistischen Pflicht nachkommen und auch bei allen anderen Gelegenheiten unsere Standpunkte vertreten. Wir werden uns von niemandem daran hindern lassen. Die Arbeiterdemokratie ist keine Gnade, die uns Stalinisten oder Reformisten zuteil werden lassen, sondern unabdingbarer Bestandteil der Arbeiterbewegung.
Wir fordern die Mitglieder aller Organisationen der Arbeiterbewegung auf, sich von Praktiken, wie sie sich am 22. November gezeigt haben, zu distanzieren.

GRM, IKL, SOAK.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Der ehemalige Ministerpräsident Scharif Emami versuchte noch einmal, mit allen Strömungen der bürgerlichen und religiösen Opposition, einschliesslich A. Khomeinis, ins Gespräch zu kommen. Unter dem immer stärker werdenden Druck der Massen war es den Führern der bürgerlichen Opposition jedoch nicht mehr möglich, darauf einzugehen. Nachdem einer der Führer der Nationalen Front, Karim Sandjabi, A. Khomeini in seinem Pariser Exil besucht hatte, erklärte er, dass er nicht mehr bereit sei, Gespräche mit Vertretern des Schah oder dem Schah selber über eine Koalitionsregierung unter dem ehemaligen, für die 'Weisse Revolution' verantwortlichen, Ministerpräsidenten Amini zu führen. Ebenso, wie eingangs A. Khomeini, forderte er nun den völligen Sturz des Schah-Regimes und die Durchführung einer Volksabstimmung zur Festlegung der zukünftigen Staats- und Regierungsform. In einem Interview mit 'Le Monde' vom 4.10. beschrieb er seine schwierige Situation wie folgt: "Das Hauptproblem ist die Monarchie. Wie ist sie abzusichern?
Vor einem Jahr war es nicht schwierig: Alles, was dazu gebraucht wurde, war die genaue und vollständige Anwendung der verfassungsmässigen Rechte. Heute ist es eine komplizierte Aufgabe geworden. Wenn man vor 12 Monaten den Mut brauchte, den Herrscher zu kritisieren, ist es heute notwendig, ihn zu verteidigen. Das ist der Kern des Problems. Wir wagen nicht mehr, von der Konstitutionellen Monarchie zu sprechen, obwohl sie ein Bestandteil unseres Programms ist."



Militär-Chef Azhari soll den Schah vor den Massen retten

Obwohl der Schah in einer seiner Fernsehansprachen eingestand, dass seine Regierung Fehler gemacht habe, dass der Kampf der Massen aufgrund vorhandener Gesetzesverletzungen, dem brutalem Vorgehen des Militärs und der nicht beseitigten Korruption eine gewisse Berechtigung habe und "Um weitere Unruhen und Morde zu verhindern und um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, habe ich mein Bestes getan, um eine Koalitionsregierung zusammenzubringen. Aber es klappte nicht.", trat nun auch der bislang gemässigte Schiitenführer Schariat Madari für den Sturz des Schah-Regimes ein und befürwortete den bewaffneten Kampf der Bevölkerung, wenn es nicht auf friedlichem Wege möglich ist, das Regime abzulösen und die Forderungen der Opposition zu erfüllen.
Gerade in Anbetracht der Tatsache, dass diese kleinbürgerlich-demokratischen Strömungen auch nach dem Sturz des Schah-Regimes nicht die geringste Chance haben, den Iran aufgrund seiner ökonomischen und sozialen Unterentwicklung - trotz der Erdölvorkommen, die wohl auf Jahrzehnte hinaus nicht versiegen werden - aus der Abhängigkeit des Imperialismus zu befreien, gewinnen die ungeheuren Illusionen, die die iranischen Massen in sie haben, grosse Bedeutung. Die iranischen Massen haben heute zum überwiegendsten Teil noch völliges Vertrauen, wenn z.B. A. Khomeini sagt: "Die politische Führung wird von der Abhängigkeit zum Ausland befreit und von wirtschaftlicher wie politischer Korruption gesäubert. Die Wirtschaft des Landes wird gleichfalls von der Abhängigkeit zum Ausland befreit, die wirtschaftlichen Pläne werden nicht mehr mit den Interessen der internationalen Konzerne im Iran übereinstimmen." Er befindet sich damit - obwohl er nach islamischem Recht die "Gründung einer einheitlichen Staatskassa unter Aufsicht der oben genannten Personen (des FATWA-Rates, der "Vereinigung der besten und bewusstesten religiösen Führer" Anm.d. V.) Diese ist für die islamischen Steuereinkommen und zur Verwendung nach islamischen Einheitszweck gedacht." fordert - in nicht allzu grossem Widerspruch zu den anderen Gruppen und Strömungen der bürgerlich-demokratischen Opposition, die wie z.B. die Nationale Front von der Notwendigkeit der Schaffung der "nationalen Souveränität" etc. für den Iran spricht.

FORTSETZUNG AUF SEITE 11

Internationale Nachrichten

BRITISCHE TODESKOMMANDOS IN NORDIRLAND

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen britische Todeskommandos "verdächtige Personen" ohne Warnung niederschiessen. Eineinhalb Jahre lang wurden auf diese Art etliche republikanische Aktivisten ermordet, ohne dass die britische Presse davon Kenntnis nahm. Zu 'peinlich' allerdings war die Ermordung eines 22jährigen Protestanten am 30. 9. 78. Dieser ging mit ein paar Freunden gerade zu seinem Auto, als zwei Wagen vorfuhren, aus denen heraus er niedergeschossen wurde. Die Mörder zwangen dann seine Freunde, drei Stunden lang gegen sein Auto gestützt stehen zu bleiben und zuzusehen, wie er verblutete, bevor sie sie zum Verhör brachten.

Im Juli waren drei Mitglieder der IRA kaltblütig von britischen Soldaten erschossen worden, ohne dass sie sich hatten ergeben können. Einer von ihnen hatte 63 Kugeln im Körper.... Eine Woche vorher hatten zwei Soldaten einen sechzehnjährigen Katholiken von hinten erschossen, "weil er gerade ein Gewehr auf sie richtete", wie die offizielle Begründung lautete. Neun Morde können der SAS, einer britischen Spezialeinheit, allein in diesem Jahr nachgewiesen werden, drei der Opfer waren Zivilisten, die erwiesenermassen nichts mit der IRA zu tun gehabt hatten.

NORDIRLAND: 5ooo DEMONSTRIEREN ZUR UNTERSTÜTZUNG DES FREIHEITSKAMPFES

Am 8. Oktober demonstrierten 5000 Leute in Derry City, Nordirland, um an den ersten Polizeiüberfall auf einen grossen Bürgerrechtsmarsch vor genau zehn Jahren zu erinnern. Der brutale Polizeieinsatz gegen Bürgerrechtskämpfer 1968 war der Anfang der Eskalation einer sich ständig steigernden Massenbewegung, in der die unterdrückte katholische Minderheit Nordirlands sich gegen die britisch-imperialistische Herrschaft erhob. 1968 konnten Millionen Zuschauer im Fernsehen sehen, wie die Polizei unbewaffnete Menschen brutalst zusammenschlug. 1978 war es die britische Armee, die, 1969 nach Nordirland geschickt, "um den Frieden wiederherzustellen", ihr diese "Arbeit" abnahm. "Minuten, nachdem die Sinn Fein die Kundgebung beendet hatte, überfielen dutzende Soldaten die Menge, schlugen wild um sich und schossen mit Gummigeschossen in die Demonstranten. Ein sechzigjähriger, weisshaariger Mann brach, von einer Gummikugel getroffen, mit blutüberströmtem Gesicht zusammen." ('Hibernia', 12. 10. 78, ein liberales irisches Wochenblatt)

Die Demonstration in Derry erinnerte gleichzeitig an den zweiten Jahrestag der Errichtung des H-Blocks - das ist jener Block im KZ Long Kesh, in dem republikanische Gefangene ohne Betten, sanitäre Anlagen und sogar ohne Kleidung in Isolationszellen eingekerkert sind.

FORTSETZUNG VON SEITE 1o

Erst deshalb, weil sie auch die ökonomischen Interessen des städtischen Kleinbürgertums, der Bauern, aber auch des Proletariats formulierten, gewannen sie an grossem Einfluss unter den iranischen Massen und waren in der Lage,die riesigen bis heute nicht abbrechenden Demonstrationen gegen das Schah-Regime zu organisieren.

- "Unsere Landwirtschaft ist zerstört, eine Landwirtschaft, deren Produkte vor 23 Jahren noch unsere Bedürfnisse überschritten,und die wir daher ausführen konnten. Nach eigenen Angaben des Premierministers, die dieser vor zwei Jahren gemacht hat, importiert der Iran 93% der Lebensmittel, die er verbraucht. Dies ist das Resultat der Landreform des Schah." A. Khomeini
- "Beseitigung der Probleme und Schwierigkeiten, die die Bauern, Arbeiter und Werktätigen infolge der 'Weissen Revolution' belastet haben." 'Plattform der

  Liga der Religiösen'
- "Die Wirtschaftsprogramme, die die Amerikaner mit Hilfe dieses Regimes und einer Korruption ohnesgleichen durchgeführt haben, führten dazu, dass der Wirtschaftsapparat des Landes vernichtet wurde. Heute sichern diese Leute ihre Existenz mit Ölexport und Waffenimport." A. Khomeini

Zusätzlich wird einmütig von allen Gruppen und Strömungen der kleinbürgerlich - demokratischen Bewegung, einschliesslich S. Madaris, derzeit der Abbruch aller wirtschaftlichen Verträge, die das Schah - Regime mit ausländischen Konzernen und Regierungen geschlossen hat, und die Ausweisung aller Experten, insbesondere der aus den USA und Israel, gefordert. Wie die gesamte Erfahrung der Geschichte von der Russischen bis zur portugiesischen Revolution zeigt, setzen die Massen in ihre kleinbürgerlichen Führer nicht nur die Hoffnung auf vollständige Erfüllung ihrerökonomischen Forderungen, sondern erwarten sich von ihnen auch die konsequente Erfüllung aller demokratischen und politischen Rechte. In ihrer Stellungnahme zur Kabinettsänderung im August d.J. fasst die 'Nationale Front' noch einmal ihre Forderungen zusammen: "Für die Wiedererlangung des Rechtsstaates müssen alle verfassungwidrigen und für die Fortsetzung der Macht bestimmten Institutionen der Despotie abgeschafft und die Spuren jeglicher Tätigkeit dieser schwarzen Periode beseitigt werden. Die Nationalfront vertritt die Ansicht, dass der 'freie politische Raum' nur dann entstehen und verwirklicht werden kann, wenn:

- die SAVAK aufgelöst wird,
- der Kompetenzbereich des Militärgerichtes für zivile Angeklagte total abgeschafft wird,
- die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit als wahre Institution eingeführt wird,
- alle politischen Gefangenen jeder politischen und ideologischen Ansicht ohne Rücksicht auf die Art und den Hergang des Urteils freigelassen werden,
- die Rückkehrerlaubnis für alle politischen Verbannten im In- und Ausland in ihre Städte und Dörfer gegeben wird,
- Rückkehrerlaubnis für alle im Ausland lebenden politischen Personen ohne jedwede Bedingung gegeben wird,
- Zeitungen und Illustrierte, deren Konzessionen in der letzten Zeit eingezogen wurden, wieder erscheinen können,
- den Berufsverbänden und Arbeitergewerkschaften ihre Freiheit gegeben wird anstelle von staatlich befohlenen Institutionen wie "Berufsbranchenkammer" und "Arbeiterorganisation",
- die Hauptverantwortlichen an den Massenmassakern, egal welche Stellung oder Beruf sie besitzen, verurteilt werden und Busse tragen müssen,
- man sich bei den durch die Militärtribunale Verurteilten offiziell und gesetzlich entschuldigt und sie rehabilitiert werden."

Im August d.J. war die 'Nationale Front', ebenso wie die gemässigten Teile der religiösen Opposition, noch der Ansicht, dass eine Erfüllung dieser Forderungen ohne den vollständigen Sturz des Schah-Regimes möglich ist: "Die Nationalfront kann in dieser schweren Zeit nur jene Regierung als 'provisorische Regierung' akzeptieren, die an keiner der Aktivitäten des despotischen und kolonialgebundenen Regimes der letzten 25 Jahre beteiligt war, und weiters muss sich diese Regierung aus Menschen zusammensetzen, die vom Volk verehrt werden. Eine Regierung nach dem oben genannten Programm ist Garantie für den Wiederaufbau des Volksrechtes und für die Schaffung der 'freien Wahl', die dem persischen Volk Gelegenheit geben wird, seine wirklichen Abgeordneten zu wählen und seine 'nationale Souveränität' zu verwirklichen."
Unter dem Druck der sich immer weiter radikalisierenden Massen verzichteten diese Strömungen auf ihre Hoffnungen,auf friedlichem Wege das Schah-Regime abzulösen, ohne dabei aber ihr kleinbürgerlich -nationalistisches Programm zu ändern.
Da wir davon ausgehen müssen, dass diese Strömungen von dem Gedanken einer demokratischen nationalistischen Revolution gegen das Schah-Regime erfüllt sind, an dem sich nicht einmal Kommunisten beteiligen dürfen, sie von der Möglichkeit einer Entwicklung des Iran zu einer selbständigen mit den anderen kapitalistischen Ländern "frei" konkurrierenden Demokratie träumen, so wird klar, dass die Entwicklung des Iran einen ähnlichen Verlauf nehmen kann, wie ihn Trotzki im Jahre 1927 für die chinesische Revolution angekündigt hat: "Wenn die chinesische Revolution unter der augenblicklichen bürgerlich nationalistischen Führung siegen würde, so würde sie sehr schnell nach rechts gehen, ihre guten Absichten gegenüber den kapitalistischen Ländern zeigen, bald wieder ihre Anerkennung erlangen, ihnen Konzessionen auf neuer Grundlage anbieten, Darlehen erhalten, mit einem Wort, sie würde in das System der kapitalistischen Staaten als eine weniger degradierte, weniger koloniale aber immer noch tief abhängige Einheit eintreten." Obwohl der Imperialismus bereits heute sein Gejammer über die Gefahr anstimmt, dass "in Iran die Monarchie durch eine Diktatur prosowjetischer Wirrköpfe abgelöst wird" (FAZ, 23.11.78), "Ausser riesigen Erdöl-Vorräten und Industrieanlagen fielen einem möglicherweise antiwestlichen Regime obendrein die prall gefüllten persischen Waffenarsenale in die Hände - ein für Washington beklemmender Gedanke angesichts des nördlichen Iran-Nachbarn Sowjetunion." ('Spiegel' Nr. 47, 20.11.), würde der Sturz des Schah-Regimes unter der Führung der 'Nationalen Front' nichts an der kapitalistischen Basis des Landes ändern. Klar ist, dass sich die kleinbürgerlich-nationalistischen Strömungen, die auf der einen Seite von der 'Nationalen Front', auf der 'religiösen' Seite von A. Khomeini und S. Madari u.a. repräsentiert werden, nicht zufällig und aus Leichtsinn dem Lager der Revolution anschliessen, sondern nur unter dem Druck der eigenen Klasseninteressen. Aus Furcht vor den sich radikalisierenden Massen werden sie früher oder später die Reihen der Revolution gegen das Schah-Regime wieder verlassen.
Gerade wegen der ungeheuren Illusionen und Hoffnungen, die die iranischen Massen in diese Strömungen haben - sie erwarten von ihnen die völlige Erfüllung aller ihrer ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen -,ist es notwendig die demokratische Revolution unmittelbar mit der Frage zu verbinden, welche Klasse nach dem Sturz des Schah-Regimes ihre Herrschaft errichtet. Erst wenn der Kampf gegen das Schah-Regime direkt und konsequent mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden ist, wird sich den Massen zeigen, ob ihre Führung wirklich bereit ist,mit dem Imperialismus überhaupt zu brechen: Dann wird den Bauern und dem städtischen Kleinbürgertum, aber ebenso auch den unterdrückten sozialen Minderheiten in der Praxis klar werden, dass sie nur selber unter der Führung des Proletariats ihre vollständige ökonomische wie politische Befreiung verwirklichen können. Aktueller Ausdruck dieses Zusammenhanges ist in der heutigen Phase der iranischen Revolution die Forderung nach Wahlen zur Konstituierenden Versammlung. An den Wahlen zu dieser Konstituierenden Versammlung, die nur insoferne mit den üblichen bürgerlichen Parlamenten der "westlichen Demokratien" vergleichbar sind, als die Wahlen frei und geheim sind, sollen sich alle Gruppen und Strömungen, die heute in der Praxis ihre Bereitschaft,gegen das Schah-Regime zu kämpfen, zum Ausdruck bringen, beteiligen. Der wichtigste und entscheidendste Unterschied zu den parlamentarischen Formen bürgerlicher Herrschaft besteht darin, dass die Bourgeoisie noch nicht die Möglichkeit gefunden hat,ihre Herrschaft zu errichten.
Getragen von eigenständigen Komitees der Arbeiter, Bauern und aller vom bisherigen Schah-Regime unterdrückten Schichten, werden die einzelnen Strömungen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums ihre Bereitschaft,wirklich mit dem Imperialismus zu brechen,unter Beweis stellen müssen.

Dieser Prozess der klaren politischen Differenzierung, an dem die Massen direkt teilnehmen, wird die Voraussetzung sein für die zukünftige politische Entwicklung des Iran: Entweder zur Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung oder zu einer neuerlichen Niederlage der iranischen Revolution, gefolgt von einer Phase der Repression.
Den Sieg der Konterrevolution zu verhindern wird "umso vollständiger, entschiedener, unzweifelhafter und sicherer ausfallen werden, je unabhängiger die proletarische Avantgarde gegenüber der Bourgeoisie ist, je weniger sie geneigt ist, der letzteren den Finger zu reichen, ihr gegenüber Schönfärberei zu treiben und ihr revolutionäres Verhalten und Bereitschaft zur 'Einheitsfront' und zum Kampf gegen den Imperia-

lismus zu überschätzen."(Trotzki)

Die Anzeichen dafür mehren sich, dass die iranische Arbeiterklasse aktiv in den Kampf gegen das Schah-Regime nicht nur durch Teilnahme an den von den bürgerlich-religiösen Oppositionsführern, sondern vor allem durch den Aufbau von Komitees, die ihren ökonomischen Kampf mit dem Kampf gegen das Schah-Regime verbinden, eintrat. Wenn es ihr nicht gelingt, die religiös und bürgerlich beeinflussten Massen zu gewinnen, besteht die Gefahr, dass Teile dieser Massen letztlich zu einem Faktor der Konterrevolution werden. In diesem Sinne haben die Revolutionäre die Aufgabe, den gemeinsamen Kampf der unterdrückten Massen gegen das Schah-Regime zu propagieren, ohne jedoch auf die politische und organisatorische Eigenständigkeit des Proletariats zu verzichten. Die Basis muss sein, die anderen unterdrückten Schichten der Bevölkerung zu gewinnen und den Bruch mit ihren kleinbürgerlich-nationalistischen und teilweise eben auch reaktionär-religiösen Führern herbeizuführen, die heute noch eine positive Rolle im Kampf gegen das Schah-Regime spielen, die aber, wenn unter ihrer Führung das Schah-Regime ob friedlich oder im Kampf abgelöst wird, in den Händen des einen oder anderen Imperialismus landen werden, da sie politisch wie ökonomisch gar keine andere Wahl haben als eine 'demokratische' Militärregierung.

LETZTE ENTWICKLUNG

Gegen Ende der letzten Woche zeichnete sich eine Wende in der politischen Entwicklung des Iran ab. So kündigte laut ORF-Meldung vom 24. 11. der Chef der Militärregierung General Gholem Reza Azhari bis Jahresende die Einsetzung einer zivilen Übergangsregierung an, die bis Mitte des kommenden Jahres freie Wahlen durchführen soll, an denen sich jeder beteiligen kann, der für die konstitutionelle Monarchie ist. Die wegen Korruption verurteilten Politiker sollen auch dann weiter verfolgt und ihr Vermögen eingezogen werden, wenn sie ins Ausland geflüchtet sind. Ausgehend von einem grossen demokratischen Kompromiss solle der Schah sich in Zukunft mehr auf repräsentative Aufgaben konzentrieren. Interessant werden diese Äusserungen, wenn wir sie mit denen von Amini, der schon einmal als Ministerpräsident einer geplanten Koalitionsregierung im Gespräch war, ergänzen. Seiner Ansicht nach soll diese Übergangsregierung sich aus Kabinettsmitgliedern zusammensetzen , die sich bis jetzt noch nicht profiliert haben. Vom Standpunkt der westlichen Demokratien aus sollen relativ freie Wahlen stattfinden, an denen sich alle Gruppen beteiligen können, die die Verfassung von 1906, also die konstitutionelle Monarchie, anerkennen. Selbst er kritisierte die Form der unterdrückerischen Herrschaft, die der Schah aus der Monarchie gemacht habe, und forderte die Opposition auf, sich mit der Abdankung des Schah und der Anerkennung der konstitutionellen Monarchie als zukünftige Regierungsform des Iran zufrieden zu geben. Die religiösen Führer sollten aufhören, Politik zu machen, ebenso wie sich die Armee von der Regierung zurückziehen soll. Auf lange Zeit hätten dann die Radikalen keine Chance mehr, Bürgerkrieg und Chaos zu erzeugen.

Wenn wir uns die Stellungnahme der 'Nationalen Front' noch einmal vergegenwärtigen, so müssen wir feststellen, dass dieser neuerliche Versuch von Teilen des Schah-Regimes, die Opposition zu spalten, durchaus mit Erfolg gekrönt sein kann. Eine der wesentlichsten Forderungen, dass die neue Regierung aus Mitgliedern gebildet wird, die mindestens 25 Jahre ausserhalb der Machtausübung gestanden haben, scheint in der Formulierung Aminis von nicht profilierten Kompromisskandidaten - er selbst lehnt aus gutem Grund eine Teilnahme ab - erfüllt worden zu sein, eine weitere, die nach freien Wahlen, in greifbare Nähe gerückt. Diese Entwicklung ist wohl genauester Ausdruck dessen, dass das Schah-Regime trotz der Einsetzung der Militärregierung Azhari nicht mehr seine Herrschaft ungebrochen aufrechterhalten, die Opposition aber aufgrund ihres kleinbürgerlich-nationalistischen Charakters nicht auf den Kapitalismus verzichten kann. Zumal sie in immer grössere Bedrängnis des Teufels, den sie gerufen hat, der iranischen Massen, gerät, die, sollten sie sich weiter radikali-

Internationale Nachrichten

KOMMUNISTEN IN SYRIENS GEFÄNGNISSEN

Das "Komitee für die Verteidigung politischer Gefangener im Nahen Osten" veröffentlichte eine Liste mit Namen von 65 syrischen Häftlingen, die der Zugehörigkeit zu "marxistischen Organisationen" beschuldigt werden. Nach seinen Schätzungen sind jedoch 150 der ca. 1000 politischen Gefangenen in Syrien Kommunisten. Die "Verbrechen" der anderen Häftlinge: Unterstützung der Baath-Partei im Irak (wo die Repression nicht geringer ist) und ähnliches.
Noch nicht bei diesen 1000 dabei sind die zahlreichen Palästinenser, die in Syrien verhaftet oder im Libanon von syrischen Truppen festgenommen und nach Syrien transportiert wurden. Bis heute werden die meisten Gefangenen ohne Prozess festgehalten, obwohl das Regime die Notstandsgesetze bereits aufgehoben hat.

CHILE

3 Monate nach einem Hungerstreik der Angehörigen politischer Gefangener in Santiago dürften etliche Illusionen und Hoffnungen in die Junta verflogen sein. Der Hungerstreik wurde von den Familienangehörigen nach dem "Versprechen" der Junta beendet, sich um das Schicksal von 618 verschwundenen Widerstandskämpfern zu kümmern. (siehe PR Nr. 22) Mittlerweile ist das Versprechen der Junta abgelaufen. Sie hat, wie zu erwarten war, keinen Finger gerührt. Kein Wunder - sie hätte gegen sich selbst ermitteln müssen.

Das Gegenteil trat ein! Die Militärs verhafteten 100 Demonstranten, die einen Sitzstreik begannen und Aufklärung über das Schicksal der verschwundenen Gefangenen forderten. Kurz darauf führten weitere 17 Angehörige einen Hungerstreik in der Kirche Santa Bernadita in Santiago durch. Sie erklärten, dass die Junta ihr Versprechen, innerhalb eines Monats den Verbleib der verschwundenen Gefangenen zu ermitteln, nicht eingehalten hätte. Auch die katholische Kirche spielte dabei wieder mit. Diesmal aber in einer anderen Rolle. Sie lehnte es ab, diesen Hungerstreik zu unterstützen.

TERRORISTENJAGD IN DEN USA

Am 16. Juli wurde nahe der Staatsgrenze zwischen den USA und Kanada Kristina Berster, 28 Jahre alt und deutsche Staatsbürgerin, wegen versuchter "illegaler Grenzüberschreitung" verhaftet. Für das FBI und die US-Presse war der Fall sofort klar, war es doch zum ersten Mal gelungen, "ein Mitglied der berüchtigten (Baader-Meinhof-) Stadtguerillabande beim Versuch, in dieses Land zu kommen," festzunehmen. Obwohl die BRD - Botschaft verneinte, dass Berster ein Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe sei, wurde Kristina weiterhin vom FBI als Terroristin aufgebaut. Ihre Kaution wurde auf 500 000 Dollar festgelegt, das ist die höchste, die je wegen einer Grenzverletzung verlangt wurde.

1971 war Kristina Berster in der Studentenbewegung in Heidelberg tätig, wo sie unter anderem Demonstrationen für eine Reform des Strafvollzugs organisierte. Ein Spitzel verriet sie an die Polizei, und sie verbrachte ein halbes Jahr wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" in U-Haft. Da sie in der Atmosphäre der Hexenjagd in der BRD nicht mehr mit einem fairen Prozess rechnen konnte, ging sie 1973 in den Untergrund. Ihr drohen 20 Jahre Gefängnis bei einer Verurteilung in den USA oder die Auslieferung an die BRD, wo auf sie die "übliche" Behandlung einer "Terroristin" wartet. Kristina Berster hat inzwischen um politisches Asyl in den USA angesucht. In Burlington, USA, hat sich inzwischen ein "Berster-Verteidigungs-Komitee" gebildet.

(aus 'Intercontinental Press' Nr. 38)

sieren, auch mit ihr brechen werden. Deutlich wird dies bereits heute durch die verstärkten Auseinandersetzungen zwischen linken und religiös-islamischen Studenten, so z.B. in Teheran, die eigenständigen Demonstrationen der Bauern, wie z.B. in Arak und die zunehmenden durch Komitees organisierten Aktivitäten der Arbeiterklasse. Auf alle Versuche der derzeitigen Militärherrschaft bzw. einer zukünftigen Herrschaftsform des Kapitalismus Deckung durch eine "nationale" Lösung oder eine "konstitutionelle Form der Monarchie" zu geben, kann nur der Kampf des Proletariats an der Spitze der armen Bevölkerungsmassen und die Einbeziehung immer weiterer Teile der Arbeiterklasse in das politische Leben eine Antwort geben. Hier liegt dann auch einer der wesentlichen Faktoren für die Entscheidung ob Sieg oder Niederlage: die momentane, durch jahrzehntelange brutalste Unterdrückung verursachte qualitative wie quantitative Schwäche der iranischen Avantgarde. Gelingt es ihr nicht, den historischen Verrat der Sozialdemokratie und des Stalinismus in allen seinen Gesichtern, die er heute im Iran in Form der Tudeh-Partei und in Teilen der 'Nationalen Front' zeigt, zu überwinden, so wird erneut die Chance der Revolution im Iran ungenutzt bleiben müssen und ein wichtiger Meilenstein der Weltrevolution nicht gesetzt werden.

25. 11. 78

Redaktionelle Nachbemerkung:

Wir haben in der letzten Ausgabe unseres Zentralorgans die Auseinandersetzung mit der iranischen "extremen" Linken angekündigt. In Anbetracht der vor kurzem aufgenommenen öffentlichen Diskussion zwischen uns und den Genoss(inn)en verschiedenster iranischer linker Organisationen, werden wir erst in nächster Zeit zu den Problemen Stellung beziehen, um eine genaue und präzise Diskussion und Kritik gewährleisten zu können.

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE

spartacus

Zentralorgan des SPARTACUSBUNDES

Die Linke im Kampf gegen die Repression

„Ein Schritt vorwärts, zwei zurück..."

AKW-Bewegung: Wie weiter?

Gerichtsurteile: Ein großer Erfolg?

INHALT

ABONNIERT DAS THEORETISCHE ORGAN DER IKL UND DES SPARTACUSBUNDES!
4 AUSGABEN S loo.-. BESTELLUNGEN: IKL, POSTFACH 1454, lolo WIEN

ergebnisse u. perspektiven

nr. 6 oktober 1978 preis: dm 3.- ös 20.-

theoretisches organ von: spartacusbund [brd] internationale kommunistische liga [österreich]

5 JAHRE KONTERREVOLUTION IN CHILE

bemerkungen zur österr. anti-AKW-bewegung

m. pablo: über die losung der arbeiter-u. bauernregierung



für den wiederaufbau der IV. internationale!

ergebnisse u. perspektiven

nr. 7 november 1978 preis: dm 3.- ös 20.-

theoretisches organ von: spartacusbund [brd] internationale kommunistische liga [österreich]

leo trotzki: die IV. internationale und die UdSSR

bahros "alternative"

1976: arbeiterkämpfe in polen

ČSSR: 10 JAHRE NACHHER...



für den wiederaufbau der IV. internationale!

Eine Antwort an die ‚rotfront'

Sprachlos schon...

In der November-Ausgabe der 'rotfront' gerät ein e.h. in Rage , angesichts des Ausganges der Volksabstimmung und der Stellungnahmen unserer Organisation und der der SOAK. Hatte der Genosse in der Oktober-Ausgabe der genannten Zeitung unsere Organisation unter dem bezeichnenden Titel "Einige stehen daneben" (nichts liegt uns nun ferner, als etwa zu sagen - "Einige sind daneben") noch in die von unserer Seite eher unerwünschte Gemeinsamkeit mit dem KSV gestellt, so befinden wir uns nun in der von der analytischen Ebene her eher zutreffenderen Gesellschaft der SOAK.

Unverständlich ist allerdings, wer das im Titel der Polemik ("Was sagen SOAK, IKL & Co. jetzt - oder sind sie sprachlos") genannte "& Co." sein sollte, denn die FÖJ - die in der Polemik auch angegriffen wird - uns als "Co." zuzuordnen, dürfte doch etwas dick aufgetragene Demagogie sein. Die FÖJ kommt überhaupt nicht gut weg. Der 'rotfront'-Autor, einmal 'eingeschossen', nicht mehr zu halten, zeichnet die Biedermänner der Linken als "politische Aasgeier", die ihn "ärgerlich-lustig" stimmen, was den politischen Inhalt seines Artikels auch gleich verständlicher macht, denn ein derartiger Zustand muss unweigerlich seine bösen Folgen haben...

In aller Freundschaft sei e.h. geraten, spazieren zu gehen, sollte ihn wieder einmal ein "ärgerlich-lustiges" Gefühl überkommen, nur um Himmels willen, keinen Artikel schreiben, wer weiss schon, welche Folgen seine Ausflüge in die Zoologie noch haben.

Doch Spass beiseite. Der Autor in der 'rotfront' meint seinen Artikel ernst und hat damit auch eine ernste Antwort verdient, zudem es sich ausserdem um keinen "akademischen Streit" handelt, den wir einemso gestandenen 'Realpolitiker' auch nie zumuten würden.

Um unsere Antwort inhaltlich genügend abzusichern, müssen wir die Spalten der "Hochschulblätter" der 'rotfront' überschreiten und in die Gefilde der 'Massenzeitung' eindringen, in denen zumindest noch argumentiert wird. Notwendigerweise werden sich in unserer Antwort kurze Überschneidungen mit unserer, in dieser Ausgabe enthaltenen Einschätzung des Ausganges der Volksabstimmung ergeben. Ein Wort sei noch gestattet. Wir haben nicht das geringste gegen Polemiken einzuwenden (soferne sie inhaltlich einigermassen abgesichert sind) und sind auch nicht gekränkt über ein scharfes Wort, aber ist es wirklich notwendig, das Vokabular der KPÖ zu übernehmen? Genau dies tut e.h., indem er SOAK und IKL als "Superrevolutionäre" bezeichnet, mit denen sich die FÖJ "in trauter Eintracht" befindet. Dem Genossen in der 'rotfront' ist es offensichtlich nicht aufgefallen, dass dies genau der 'rettende Zweig' der 'Volksstimme' ist, wenn sie von links unter Beschuss genommen wird. 'Wir, die Realisten' - dort: die 'Superrevolutionäre'... Doch wie auch immer. Gestern "Sektierer", heute "Superrevolutionäre", morgen vielleicht schon "politische Aasgeier" haben wir trotzdem einen Standpunkt zum Ausgang der Volksabstimmung.

WAS IST EIN "RISS"?

Versuchen wir zuerst den Standpunkt der GRM, unabhängig von der Polemik festzuhalten. "Kein Zweifel, die politische Landschaft ist in Bewegung geraten", stellt die 'rotfront' auf der Titelseite fest, um weiter zu konstatieren, dass die Sozialdemokratie "ausser Tritt" geraten ist und die "Konservativen Auftrieb" verspüren. Weiters stellt das Blatt in Frage, ob Österreich am 5. November "überhaupt noch das Land der vielgepriesenen Sozialpartnerschaft" gewesen sei, wo doch SPÖ, ÖGB und Industriellenvereinigung "ein so offensichtliche(r) Strich durch die Rechnung" gemacht wurde. Obwohl die 'rotfront' gleich darauf versichert, dass eine "endgültige Bilanz" noch nicht gezogen werden kann, weiss sie doch, dass die "Nein-Mehrheit" "das bedeutendste politische Ereignis seit dem Sieg der SPÖ-Alleinregierung" ist und dass der Ausgang der Volksabstimmung "KEINE GENERELLE WENDE (Hervorhebung im Original, 'p.r.') oder gar eine grundlegende Änderung in der Klassenkampfsituation in Österreich" darstellt.

Was ist also nun ein "Riss", den die GRM in Österreich zu sehen glaubt? Wenn sie etwa feststellt, dass die "politische Landschaft" in "Bewegung" geraten ist, sagt dies an sich überhaupt nichts aus, denn die Grundlage einer solchen Aussage kann doch nur die Bewegung der Klassen sein. Ebenso überflüssig, weil inhaltslos ist die noch durch Hervorhebung gekennzeichnete Aussage, dass keine "grundlegende Änderung" bzw. "politische Wende" durch den Ausgang der Volksabstimmung manifestiert wurde. Die Fragen müssen doch weit konkreter gestellt und beantwortet werden. Welche Klasse, welche Schichten stimmten am 5. November mit "Nein" und warum? Entspricht die "Nein"-Mehrheit einer Niederlage der Sozialdemokratie und weiter - von welcher Richtung wurde der SPÖ diese Niederlage zugefügt? In welche Gesamtsituation kann man die "Nein"-Mehrheit einordnen?

Um einer Beantwortung all dieser Fragen mit einer klassenspezifischen Einschätzung aus dem Wege gehen zu können, konstruiert die 'rotfront' den "Riss", einen völlig unsinnigen Begriff, der aber trotz seiner Unsinnigkeit die Frage aufwirft: Welche sozialen Kräfte stehen mit welchem Bewusstsein auf den beiden Seiten des 'Risses', der die Gesellschaft nun durchzieht?

LEO
TROTZKI
**SCHRIFTEN
ZUM
IMPERIALISTISCHEN
KRIEG**



Bestellungen: IKL 1010 Wien
Postfach 1545

Statt dessen bietet die 'rotfront' ein biederes Bild einer "Massenbewegung" (wieder wird der absolute Stumpfsinn wiederholt, dass die bürgerlichen Parteien sich der Anti-AKW-Bewegung 'angebiedert' hätten). Man könnte tatsächlich meinen, dass der 5. November in einer Gesellschaft frei von Klassengegensätzen stattgefunden hat. "Die Zahl der Initiativen gegen Zwentendorf wuchs schlagartig an: Frauen-, Mütter (?)-, Künstler-, Studenten-, Wohnblöcke-, Ärzte-, Katholiken-, alle formierten sich in Initiativen GEGEN ZWENTENDORF." Welch ein schönes

Bild. Es reiht sich lückenlos in die Einschätzung der Anti-AKW-Bewegung durch die GRM ein, die in ihrer Berichterstattung bereits auf das Niveau der 'Volksstimme' gesunken ist, nämlich einfach das nicht mehr zu schreiben, was nicht in das eigene Konzept passt.

Heisst es auf der ersten Seite der 'rotfront' noch, dass die Argumentation der Anti-AKW-Bewegung "insgesamt nicht reaktionär" gewesen sei, so wird diese Aussage auf Seite 16 präzisiert. Dort wird die Zusammenarbeit mit den rechten Teilen der 'Massenbewegung' und das erbärmliche Einheitsgewinsel vor dem 5. November abgesichert:
"Sie (die Zusammenarbeit, 'p.r.') wurde auch deswegen ermöglicht, weil von den bürgerlichen Teilen der ARGE keine direkt reaktionäre Propaganda betrieben wurde... Mit nicht direkt oder nicht offen reaktionär ist gemeint, dass die Argumente gegen Zwentendorf im Wesentlichen auf einer sachlich-richtigen Ebene geführt und keine reaktionären Angriffe gegen SPÖ, ihre Arbeiterbasis und die Gewerkschaft vorgetragen wurden. Sicherlich (!) wurde Naturschützerideologie verbreitet, die wir für durch und durch konservativ und rückschrittlich halten, die aber zugleich keine reaktionäre Offensive einleiten konnte".

Dies wird dann auch begründet, indem die 'Naturschützerideologie' als 'tollpatschig' ("bürgerlich-romantisch") hingestellt wird. Die "Eigenständigkeit" der Anti-AKW-Bewegung wird folgendermassen begründet: "Bester Beweis dieser politischen Eigenständigkeit ist das letzte zentrale Plakat der Anti-AKW-Bewegung, das in einer Auflage von ca. 1o.ooo Stück verbreitet wurde und unter der Parole 'KEIN PARTEIZWANG BEI DER VOLKSABSTIMMUNG' stand".

Bevor wir uns dem ominösen "Riss" genauer zuwenden, sei noch kurz auf die Darstellung der Anti-AKW-Bewegung eingegangen, wie sie die GRM anbietet. Zum ersten fällt auf, dass die Erklärung, was "offen reaktionär" ist, offenbar bewusst eng gehalten wird, indem die sogenannte 'Naturschützerideologie' verharmlost wird. Konrad Lorenz etwa wäre bei dieser Erklärung kein Reaktionär, sondern ein 'lieber' Träumer, ebenso wie Schmitz & Co. Es gehört schon eine ungeheuerliche Borniertheit dazu, zu 'übersehen', dass die 'grüne' Ideologie tatsächlich weit über die Erhaltung von Grünflächen und den Kampf gegen Atomkraftwerke hinausgeht. So wurde schon in einigen Publikationen (erwähnt seien hier ein Artikel von Hindels in der 'Zukunft' und ein Beitrag in der letzten Ausgabe der 'SOZIALISTISCHEN AKTION')zurecht darauf hingewiesen, dass die 'grüne' Ideologie durchaus faschistoide Ansätze und Berührungspunkte hat, dass diese Ideologie eben gesellschaftliche Vorstellungen präsentiert, die ganz und gar "offen reaktionär" genannt werden müssen. Die Ideologie des 'Verzichtes', des 'einfachen Lebens, ohne grosse Technologien' usw. richtet sich eben in ihrer politischen Umsetzung und Konsequenz gegen die Arbeiterklasse. Ist etwa nach der Ansicht der GRM der 'Club of Rome' nicht "offen

FORTSETZUNG AUF SEITE 16

kurz kommentiert

VORBILD BRD? BERUFSVERBOTE IN ÖSTERREICH?

Die alte Dienstpragmatik wird 'reformiert'- von einer Regierungs- und Gewerkschaftskommission, in der SPÖ und ÖVP sitzen.

SP-Gewerkschafter Dohr tut sich da besonders hervor. Ein erster Entwurf des Beamtendienstrechtes war ihm zu wenig, sodaß im zweiten Teil, der im Juni zur Begutachtung ausgeschickt worden war, von ihm ergänzt wurde: "Der Beamte muß sich durch sein gesamtes (!) Verhalten zur demokratischen Grundordnung der Republik Österreich bekennen." (§1/1, 1. Satz des Entwurfes)

Feine 'Reformen' sind das! Und man braucht die weiteren Sätze gar nicht mehr zu lesen, um zu ahnen, was auf die Beamten zukommen kann. Republiktreue, unkritisches Verhalten, Unterwürfigkeit, Angst u.a. auch in der Freizeit. Denn ebenso nach Dienstschluß hätte ein Beamter nach dem vorliegenden Entwurf "auf seine Stellung im Dienste der Republik Österreich und auf die Pflichten seines Amtes Bedacht zu nehmen". Von seinen Grundrechten müsse er "einen maßvollen (?) und ausgewogenen (?) Gebrauch" machen.
Das ist die entscheidende Verschärfung im neuen Dienstrechtsentwurf: Die politische Unterdrückung, die bislang im Diensteid und im Dienstrecht formuliert ist, wonach der Beamte in seinen Dienstpflichten "zur getreuen Beachtung der geltenden Rechtsordnung" vergattert wird, würde sich nun auf sein Privatleben ausdehnen.
Selbstverständlich konnten auch mit dem alten Beamtendienstrecht 'Radikale' trotz 'ausgezeichneter' Qualifikation 'gesäubert' werden, was z.B. bei Studenten oft und oft geschah. Ihnen wurden "auf Grund ihrer politischen Aktivitäten Posten verweigert (bzw. versucht zu verweigern), auf die sie gemäß ihres guten Studienabschlusses Anspruch gehabt hätten." (Repression in Österreich, AG Unterdrückung im Ausbildungsbereich). Die Angst Linker, daß ihre Organisiertheit in der Dienststelle bekannt wird, besteht, seitdem es Beamte gibt. Vereinbarungen zwischen den öffentlichen Stellen, sich zu informieren, wenn z.B. Lehrer 'schwarz' Straßenbahn fahren (der Stadtschulrat für Wien etwa wird dann benachrichtigt), sind ebenfalls vorhanden.
Bei der Mehrzahl von Lehrern aber war deren Verhalten im Dienstbereich Anlaß, wenn sie politisch unterdrückt wurden. Die Beschuldigungen gegen 25 Lehrer, deren 'Fall' zwischen 1970 und 1977 bekannt geworden war, reichten von "Gefährdung der Schuldisziplin" durch fortschrittlichen Unterricht bis zu zu starkem "Engagement im Schulgemeinschaftsausschuß". (ebenda)

Indem Dohr und die anderen 'Reformer' die Grundlage für kommende weiter gefächerte Anschuldigungen gegen fortschrittliche Bedienstete formulieren, kommen sie nahe an den Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz in der BRD vom 28.1.1972 heran: "... sind Beamte verpflichtet, sich aktiv (!) innerhalb und außerhalb (!) des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen." (Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte) Bei Dohr ist das ganze etwas 'gemütlicher': Statt sich "aktiv" für die Grundordnung einzusetzen, verlangt er nun 'bloß', daß das "Berufsbeamtentum...stärker das Bestehende zu betonen" hat.

Die Berufsverbotepraxis in der BRD mag Dohr als Vorbild dienen, uns sollte sie eine Lehre sein. Der Weg der dortigen 'Radikalenerlässe' ist bekannt. Richteten sie sich in der ersten Zeit hauptsächlich gegen die Linken und Genoss(inn)en der DKP, laufen heute bereits Verfahren gegen SPD-Mitglieder: Die Zusammenarbeit mit 'Kommunisten' genügt, oder, wie vor einiger Zeit in Bayern, als sich ein sozialdemokratischer Anwärter auf einen Posten im Öffentlichen Dienst nicht von sich aus aktiv genug für die 'Rechtsordnung' ausgesprochen hatte.

Die Reaktion in der BRD benützt heutzutage ganz offen die Radikalenerlässe, um so aufzuräumen, "daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen." (StrauSS in seiner Sonthofener Rede) Mit 'Banditen' sind auch Sozialdemokraten gemeint!

Heute rührt sich ein wenig in der SPD. Kloses Pressekonferenz, auf der der sozialdemokratische Bürgermeister Hamburgs seinen Unmut über den 'Erlaß' äußerte, ist eindeutig ein Zeichen der Unzufriedenheit in den 'unteren' Reihen der SPD und Gewerkschaft.

Im Prinzip bleiben Klose und die gesamte sozialdemokratische Führung allerdings hart. 75% der bisherigen Berufsverbote würde er, wenn sich seine Änderungsvorschläge durchsetzten, ebenfalls praktizieren. Und Schmidt betonte zuletzt auf einer Sitzung der Bundesregierung ziemlich verärgert, daß am Gesetz nicht zu rütteln sei. Das Spiel der Kloses war eines mit verteilten Rollen. Noch vor den hessischen Landtagswahlen ließen sie die Wählerschar neue Hoffnungen in die SPD schöpfen - die SPD wäre ja doch gegen die Berufsverbote - um nachher den Berufsverbotealltag wieder weiterzuführen. Schmidt räumte da jedes 'Mißverständnis' aus. SPD, CDU/CSU und FDP säubern in trauter Eintracht weiter.

Kein Verlaß ist auch in Österreich auf die SPÖ-Spitze. Ihr geht die Koalition mit den Bürgerlichen, wie der SPD, über alles. Kreisky samt Bonzenanhang hat schon viel geredet, um sich am Schluß stets mit ÖVP, FPÖ und den Kapitalisten zu einigen. Bacher und Eumig waren die letzten markanten Ereignisse dieser Tour. Warum sollte das bei der politischen Unterdrükkung gegen die Öffentlich Bediensteten anders sein? Warum sollte sie sich von der SPD unterscheiden und sollten etwaige 'Proteste' mehr als wahlkonjunkturelle Aussagen, wie jetzt in der BRD, sein?

SP-Gewerkschafter Dohr ist ein kleiner Anfang, der selbst den reaktionären ÖVP-Vertretern in der 'Reform'-Kommission den Wind aus den Segeln nahm. Wenn das kein Zufall ist...

FORTSETZUNG VON SEITE 15

reaktionär", weil er nicht ausdrücklich die Zerschlagung der Gewerkschaften fordert?

Zweitens ist es ebenso unsinnig, aus der Tatsache, dass Plakate mit der Forderung "KEIN PARTEIZWANG BEI DER VOLKSABSTIMMUNG" von der gesamten Anti-AKW-Bewegung akzeptiert wurden, eine "politische Unabhängigkeit" dieser Bewegung abzuleiten. Abgesehen davon, dass die bürgerlichen Oppositionsparteien ebenso diese Demagogie abzogen (um in der Praxis genau das Gegenteil zu machen), gehört es eben zur gewohnten Litanei der Reaktion, der Sozialdemokratie (der Arbeiterbewegung überhaupt) die 'Parteidiktatur' vorzuwerfen, um sich selbst als 'wahrer Demokrat' darzustellen, der alle Ansichten - ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit - anerkennt. Die GRM geht einer plumpen Demagogie auf dem Leim. Die rechten Teile der Anti-AKW-Bewegung wetterten gegen die Parteidiktatur' der SPÖ, spielten auf 'parteiunabhängig', was aber - beim vorherrschenden Kräfteverhältnis - zwangsläufig zu einer Stärkung der Argumentation von VP und FP führte. Wenn etwa in Salzburger Komitees gegen Zwentendorf führende FPÖ-Mitglieder tätig sind und von 'parteiunabhängig' erzählen - nimmt die GRM dies wirklich als bare Münze?

Die beiden Argumente zerfallen völlig, wenn man sie politisch untersucht und nicht in einem Zustand des Wunschdenkens an die Probleme herangeht!

DER "RISS" IST DA - ES HAT SICH NICHTS VERÄNDERT - ES KANN SICH ABER ETWAS VERÄNDERN...

Untersucht man alle Erklärungen der GRM nach dem 5. November, wird die völlige Verwirrung der Genossen recht deutlich. Fassen wir zusammen: Die Sozialdemokratie ist "ausser Tritt" - die "politische Landschaft" ist "in Bewegung" - die "Konservativen" verspüren "Auftrieb" - die bürgerlichen Parteien konnten "leichte Vorteile" für sich verbuchen. ABER: "die bürgerlichen Parteien " können keine "reaktionäre Offensive" einleiten - der 5. November ergab "KEINE GENERELLE WENDE". Wird in den 'Hochschulblättern' gegen die FÖJ-Ansicht vom "drohenden Bürgerblock ÖVP/FPÖ" polemisiert, so wird auf Seite 3 der 'rotfront' bezüglich der nächsten Nationalratswahlen gesagt: "Eine absolute Mehrheit der SPÖ, letztlich herbeigeführt durch die 'Wechselwähler' und die 'liberalen' Kreisky-Wähler erscheint aber fraglich."

Noch grössere Verwirrung herrscht aber bei der Einschätzung einer drohenden Rechtswende. "Ausschliesslich eine ALTERNATIVE VON LINKS, eine Alternative auf einer eindeutigen Klassenbasis kann verhindern, dass das Aufkeimen von kritischen Stimmen im SP-Lager wieder verpufft bzw. einen Rechtsdrift einleitet."

Wird also grundsätzlich eine Niederlage der SPÖ bei den kommenden Nationalratswahlen nicht ausgeschlossen (unabhängig davon, welche Regierungskonstellation daraus erwächst), wird in den Spalten der 'Hochschulblätter' genau dagegen polemisiert.

Die verschiedensten Aussagen, ohne Konzept und ohne inneren Zusammenhang, in einer einzigen Ausgabe der 'rotfront' - eine wahre Meisterleistung!

Unbestreitbar ist natürlich, dass mit dem Ausgang der Volksabstimmung keine grundlegende oder generelle Wende der Klassenkampfsituation in Österreich dokumentiert wurde. Aber derartige 'Wendungen' treten nicht über Nacht ein, sondern kündigen sich an bzw. setzen sich aus einer Reihe von Ereignissen zusammen, die es in einem Gesamtzusammenhang zu beurteilen gilt.

Was die derzeitige Situation in Österreich kennzeichnet, ist einerseits eine tiefgehende Verunsicherung und Desorientierung der Arbeiterklasse (d.h. eben auch der SP-Basis), die sich konsequenterweise auch in der Sozialdemokratie niederschlägt.

Zwar hat die GRM recht, wenn sie diese Situation der SPÖ der zunehmenden Arbei Arbeitslosigkeit und der sozialen Verunsicherung zuordnet. Aber sie hat Unrecht, wenn sie dies ungebrochen in das Ergeb-

kurz kommentiert

EIN "NEIN"-RECKE PLAUDERT...

Gleich nachdem das Ergebnis der Volksabstimmung feststand, interpretierte es die 'Volksmutti' Schmitz auf ihre Weise. Die Österreicher, so Schmitz, die ohne Sarg im Studio erschienen war, hätten die Bereitschaft zum 'Verzichten' gezeigt. Ach, wie herrlich. Ein Volk von genügsamen, fleißigen, bescheidenen Menschen. Die Frauen, demütig das Haar hinten zum deutschen Knoten gebunden und gebärfreudig, die Männer strebsam, pflichtbewußt und geraden Blickes, die Kinder gesund und stets lachend... Und alle mit den lustigen Atom-Plaketten an der Brust. Und sollte dieses herrliche Volk dennoch 'übermütig' werden, und vielleicht Forderungen stellen, greift die "Ombudsfrau des ungeborenen Lebens" nach ihrem Sarg und zieht durch die Lande... Wie gesagt, herrlich, diese 'nicht-strahlende' Zukunft.

Aber Schmitz steht nicht allein. Wackere, treue Männer finden sich zu ihrer Unterstützung bereit, voll männlichen Idealismus und Tatkraft. Einer von ihnen ist der Prof. Tollmann. Wem wundert's, daß diesem nach dem großen 'Sieg' das Herz vor Freude überging und er einige Tage nach dem 5. November im Radio mit fast sich überschlagender Stimme verkündete, daß dieses große Ziel durch eine "Bewegung" erreicht wurde, wie er sie seit "dreißig, vierzig Jahren" nicht mehr gesehen hatte... "dreißig, vierzig Jahren"? Was war denn da? Aber ja, Herr Proffessor, wir erinnern uns, 1938 war doch jene große "Volksbewegung" in Österreich, die nach Anschluß strebte... Welch ein Selbstbekenntnis!

Pfeffer im Hirn?

Vor kurzem veröffentlichte 'Amnesty International' einen Bericht, der Folterungen und politischen Terror des Militärregimes in Äthiopien zum Inhalt hatte. Wir sind nicht in der Lage, die Aussagen dieses Berichtes auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen (es gehört schließlich zum festen Bestandteil jeder imperialistischen Propaganda, jedes Regime, daß nur ein bißchen nach 'antiimperialistisch' riecht, der entsetzlichsten Greuel zu beschuldigen, derweilen im Land der lächelnden Erdnuß froh und heiter streikende Arbeiter zusammengeschossen werden), doch ist es wirklich kein Geheimnis, daß jene neokolonialen Regimes, die sich meist 'sozialistisch' und 'marxistisch-leninistisch' nennen, brutal und mörderisch gegen linke Bewegungen, Arbeitern und Bauern vorgehen.

Im Zentralorgan der KPÖ, 'Volksstimme' nimmt 'jan-' am 17.November in der Rubrik 'hieb und stich...' zu erwähntem Bericht Stellung, wobei das erste Wort der Rubrik-Bezeichnung offensichtlich den Geisteszustand ihrer Verfasser kennzeichnen soll. 'jan-' schäumt, ob der argen Beschuldigungen gegen den neuen Freund Moskaus Mengistu, denn das von 'Amnesty International' vorgelegte Material, sei "vom Jänner dieses Jahres" und es bezieht sich offensichtlich "auf Vorfälle aus dem Vorjahr,... als in Addis Abeba noch Trotzkisten und Maoisten wüteten und die Linksentwicklung, die damals einsetzte, durch ein Chaos zu diskreditieren suchten"...

Nun ist bekannt, daß es in Äthiopien (abgesehen von der Befreiungsbewegung in Eritrea) linke Gruppierungen gibt. Diese stehen seit jeher unter der Verfolgung von Seiten der Militärs und ihrer abwechselnden Aushängeschilder. 'jan-' gibt sich dazu her, diese linken Gruppen (ob sich diese auf den Trotzkismus berufen, ist uns nicht bekannt) noch für die Unterdrückung in Äthiopien verantwortlich zu machen...!

In Moskau wurden vor Jahren einige Broschüren gegen den "Trotzkismus" herausgegeben (die allesamt aus der Feder von entweder nicht zurechnungsfähigen oder völlig käuflichen Menschen stammen), in denen unter anderem zu lesen war, daß die "Trotzkisten" die Arbeiter auffordern würden, die Maschinen zu zerstören und bei Nichtbefolgung dieser 'Anweisung' die Arbeiter verprügeln würden...

Mit 'jan-' stellt sich endlich ein Menschenkind vor, der dies alles glaubt... Wie gesagt, die Rubrik beginnt ja auch mit dem Wort 'hieb' und dem ist wirklich nichts mehr hinzuzufügen!

nis der Volksabstimmung hineininterpretiert. Natürlich besteht ein gewisser Zusammenhang, bloss die soziale Basis und die Entwicklung der "Nein"-Mehrheit ist eine völlig andere, als die SP-Basis, die in ihrer absoluten Mehrheit dem "Zeigen wir es den anderen" Kreiskys gefolgt war.

Kennzeichnend an der 'österreichischen Situation' ist andererseits ohne Zweifel eine Stärkung der bürgerlichen Parteien, deren soziale Basis einer beginnenden Rechtsentwicklung unterworfen ist (die Ausdrucksweise der GRM ist wirklich nicht geeignet Klarheit zu schaffen, aber wenn man schon ein derartig komisches Vokabular verwendet: "Punkte sammeln", kann eine Partei bzw. eine soziale Kraft nur auf der Grundlage gesellschaftlicher Entwicklungen).

Auf der einen Seite also der 'Frächterstreik' mit der Unterstützung kleinbürgerlicher und kleinbourgeoiser Schichten, die Stärkung der nach rechts gegangenen FPÖ, das massive Eingreifen von Kirche, ÖVP und FPÖ in den Kampf gegen Atomkraftwerke. Auf der anderen Seite und damit zusammenhängend, eine - wenn man so will - "ausser Tritt" gekommene SPÖ, deren Basis (abhängig von der Entwicklung in der Arbeiterklasse) angesichts dieser beginnenden Rechtsentwicklung desorientiert ist. 'Der österreichische Weg' konnte in einer relativ krisenfreien Situation, die Desorientierung des Proletariats 'verdecken'. Die geringsten sozialen Erschütterungen, das Einsetzen von offensiveren, rechten Entwicklungen gegen die SPÖ, deckt diese Orientierungslosigkeit schonungslos auf.

In diesem Gesamtzusammenhang muss das Ergebnis der Volksabstimmung eingeordnet werden. Die GRM versucht völlig hilflos und vergeblich, 'nachzuweisen', dass es sich nicht um eine Niederlage der SPÖ gehandelt hat, sondern um einen "Sieg der Massenbewegung" ("Frauen, Mütter, Ärzte..."!!!). Selbst wenn dies stimmen würde, schliesst das eine Niederlage der Sozialdemokratie nicht aus. Aber es ist eben eine mehr als zweifelhafte Methode, Ausnahmen im Ergebnis heranzuziehen, um den eigenen Standpunkt absichern zu können. Ein Blick auf das gesamte Ergebnis beweist, dass im Wesentlichen in den Industriestädten und -gegenden, sowie in den proletarischen Bezirken Wiens mehrheitlich mit "Ja" gestimmt wurde, während die "Nein"-Mehrheit eindeutig den politisch reaktionären Teilen und Bezirken des Landes entstammt. Wenn e.h. nun das Beispiel Niederösterreich heranzieht (also ein traditionell 'schwarzes' Bundesland, in dem es eine "Ja"-Mehrheit gab) und uns fragt, ob denn nun Niederösterreich 'rot' geworden sei, so übersieht er leider die Gegensätze in der ÖVP selbst, die ein uneinheitliches Auftreten und Agieren dieser Partei zur Folge hatten. Niederösterreich beweist also keinesfalls, die 'parteifreie' Abstimmung, sondern dass dort die ÖVP nicht die Geschlossenheit erreichte, wie anderswo. Wenn e.h. nun ernsthaft glauben sollte, dass dies der Anti-AKW-Bewegung geschuldet ist, nehmen wir seinen Glauben mit einem herzlichen Lacher zur Kenntnis.

FORTSETZUNG AUF SEITE 18

kurz kommentiert

INFORMATIONEN IM "REALEN SOZIALISMUS"...

Am Sonntag, dem 19. November 1978, übertrugen zum ersten Mal in der Geschichte das sowjetische, bulgarische und DDR-Fernsehen direkt einen Festgottesdienst zum 150. Todestag von Schubert aus der Pfarrkirche Wien-Lichtenthal. Kardinal König predigte aus diesem Anlaß gleich in mehreren Sprachen. Ebenfalls in Erinnerung ist noch die Direktübertragung der Inthronisation des neuen Papstes im polnischen Fernsehen und die Schleimereien diverser 'kommonistischer' Parteiführungen dazu. Wahrlich, ein neuer Sieg der östlichen Helsinki-Fanatiker auf dem Gebiete des freien Informationsflusses zwischen 'Ost und West'!

Weitaus unangenehmer sind diesen Bürokraten des "realen Sozialismus" Informationen, welche die wahren Interessen der unterdrückten Massen in diesen Ländern betreffen: "Es ist notwendig, alle Informationen über direkte Gefahren für Leben und Gesundheit der Menschen, die durch Industrie und in der Landwirtschaft verwendete Chemikalien verursacht werden, zu unterdrücken." Dieses Zitat ist aus den geheimen (polnischen) "Erinnerungen und Empfehlungen des Zentralen Büros für die Kontrolle von Presse, Publikationen und Veranstaltungen" aus den Jahren 1974 bis 1977, die Strzyzowski, ein abgesprungener Angestellter dieses "Büros" voriges Jahr in den 'Westen' brachte.

"Keine Informationen dürfen über die Katastrophe in der Kattowitzer Mine, bei der vier Arbeiter tödlich verunglückten, veröffentlicht werden." Ebenfalls der genannten Quelle entnommen ist bereits die konkrete Anwendung dieser "Empfehlung". - Wie mag da wohl die oft zitierte "Arbeiterkontrolle über die Sicherheitsvorkehrungen bei AKWs" in den "sozialistischen" Ländern ausschauen? Daß "keine Angaben über den polnischen Fleischexport in die UdSSR" veröffentlicht werden sollen, ist "verständlich", wenn man Polens eigene Fleischknappheit und die unter anderem auch damit verbundenen Arbeiteraufstände bedenkt.

Überhaupt achtet man sehr auf das Renommée seiner Freunde, derer man gar nicht so wenig hat. So soll "keine Kritik an Bohrausrüstungen aus der UdSSR für geologische Zwecke in Polen" geäußert werden. "Keine Informationen über mögliche Handelsbeziehungen zwischen Polen und Rhodesien, Südafrika" darf es in einem Land, dessen Politiker bei jeder Feierstunde den proletarischen Internationalismus im Munde haben, geben. Zu den Freunden gehören aber noch andere. So wurde der Watergate-Skandal von Polen über die UdSSR bis China in allen 'kommonistischen' Staaten lange Zeit totgeschwiegen. Auch unlängst fiel auf, daß die Massenkämpfe gegen den Schah erst sehr spät den Weg in die Presse dieser Staaten fanden, in der DDR konkret erst nach Absage des geplanten Staatsbesuchs durch den Schah aufgrund seiner "Schwierigkeiten daheim". Bei so vielen Informationslücken ist es dann schon verständlich, wenn die Bürokraten versuchen, den arbeitenden Menschen die Augen und Ohren mit pompösen Religionsspektakeln zu verpicken. Warum nicht, ist ja auch kein neues Rezept. Aber ob es wirklich noch wirkt???

(Quelle: 'Intercontinental Press' 40)



'ANTIFASCHISMUS' EINES SP-FÜHRERS...

Auf einer Diskussionsveranstaltung der SJ Oberösterreichs zum Thema "Ist die radikale Rechte eine Gefahr in Österreich?" stellte Innenminister Lanc fest, daß die "Anwendung der Gesetze und die konsequente Haltung von Regierung und Exekutive (???)" nicht ausreiche, den "Neonazismus" zu bekämpfen. Ein wichtiger Beitrag müßte noch zusätzlich geleistet werden. Nämlich die "Mobilisierung" ... ein 'linker' Sozialist auf der Suche nach dem revolutionären Marxismus? "Mobilisierung der Bildungsarbeit" heißt das Zauberwort. Lanc wies dann besonders auf die Verbote zahlreicher Aktionen der ANR im Jahre 1977 hin. War das nicht das Jahr, in dem die ANR die meisten, die gut vorbereiteten und durchorganisierten Aktionen setzte? Die haben uns schon gereicht. Lanc dürfte sich im Jahr geirrt haben.

Die KPÖ weiß sich in Opposition zu Lanc, will sie doch partout nicht einsehen, daß Regierung und Exekutive konsequent gegen die Nazis vorgehen. So frohlockt sie denn auch in der 'Volksstimme': "SP-Gewerkschafter gegen Lanc - Entschiedenes Vorgehen gegen neofaschistische Umtriebe gefordert". Was sie so fröhlich stimmt, ist die Forderung nach Verbot der ANR und NDP. Seit Jahren versucht sie vergeblich, dafür Gehör bei den Behörden zu finden.

Lanc weiß, was die Volksstimme verschweigt. Nach AZ: "Zwischen 1959 und 1967 wurden 22 Vereine aufgelöst und sieben weitere gar nicht erst zugelassen." 1974 wurde die "Arbeitsvereinigung für Mittelschüler" (AVM), 1975 die "Arbeitsgemeinschaft für Politik" und der "Bund Volkstreuer Jugend" verboten. Was vielleicht noch interessant ist: Der Leithammel der verbotenen AVM ist der Leithammel der ANR - Kamerad Bruno Haas. Und daß die AVM sich nicht viel um das Verbot geschert und sich flugs in die heutige ANR umbenannt hat - jo, derfn's denn des?

FORTSETZUNG VON SEITE 17

e.h. nimmt sich überhaupt nicht die Mühe, unseren Standpunkt zur Volksabstimmung genau zu betrachten, denn dann würde er vielleicht schnell begreifen, dass wir schon vor Monaten gesagt haben, dass unter den derzeitigen politischen Bedingungen, dem derzeitigen Kräfteverhältnis, letztlich nur eine Wahl zwischen den Parlamentsparteien erfolgen kann und dass die "Nein"-Stimmen sich vor allem aus dem Potential von ÖVP und FPÖ (mit den 'linken' Stimmen als Zugabe) zusammensetzen würden.

Wenn sich am 5. November 'linke' AKW-Gegner im Porrhaus versammelten und das Gesamtergebnis abwarteten, mit Hurra-Rufen und Applaus jedes Teilergebnis mit einer "Nein"-Mehrheit begrüssten, so ist diesen 'Linken' offensichtlich entgangen, dass sie im Falle von Hietzing, Döbling und anderen bürgerlichen Bezirken 'Hurra' riefen, während sie im Falle von Favoriten und Simmering schweigen mussten... Aber, lieber Genosse e.h., die "Nein"-Mehrheit in Hietzing und Döbling war nicht 'politisch keimfrei', sozusagen nur für eine 'nicht-strahlende' Zukunft abgegeben worden, sondern sie war mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen, mit einem "Nein" zur SPÖ und einem "Ja" zur VP und FP verbunden. Natürlich waren das auch "Frauen, Mütter, Ärzte" und sonstwas, aber diese Menschen gehören im normalen Falle einer Klasse an und verfolgen bestimmte Klasseninteressen (die z.B. im Falle der Ärzte doch ziemlich eindeutig sein dürften).

DIE GEHEIMNISVOLLE ANDEUTUNG DER PATENTLÖSUNG - DIE "SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE"

In den 'Hochschulblättern' fragte e.h., was denn SOAK und IKL machen würden, wenn sich bei den kommenden Nationalratswahlen eine Niederlage der SPÖ abzeichnen würde. "Unterstützen IKL und SOAK die SPÖ kritisch unter der zentralen Parole der FÖJ 'Kampf dem ÖVP-FPÖ-Bürgerblock?" Ohne unsere Antwort abzuwarten stellt er dann fest: "Wir ziehen andere (?!) politische Konsequenzen aus dem Ergebnis der Volksabstimmung". e.h. ist im Begriffe, ein politisches Phänomen besonderer Art in Wien zu werden. Ohne unsere Stellungnahme zum Ausgang der Volksabstimmung zu kennen, zieht er "andere" Konsequenzen...!

Wie auch immer. Welche 'welterschütternden' Konsequenzen teilt uns e.h. mit, abgesehen davon, dass wir wieder erfahren, dass der "Riss" da ist. "Ein Riss, bei dem aber unter der Oberfläche vorhandenes Potential der politischen Unzufriedenheit plötzlich sichtbar wird und von der Linken die Situation genützt werden muss für den Aufbau einer sozialistischen Alternative zur KPÖ und SPÖ."

Abgesehen davon, dass "politische Unzufriedenheit" keineswegs an sich eine Linksentwicklung, sondern auch genau das Gegenteil anzeigen kann, ist dazu folgendes zu sagen: Eine kritische Unterstützung der Sozialdemokratie bei Wahlen kann nur vom Klassenkampf abgeleitet werden, also von der politischen Aktivität der Arbeiterklasse. Wenn die Mobilisierung der Reaktion verstärkt einsetzen sollte und die Arbeiterklasse darauf mit Aktionen antwortet und diese Aktionen politisch mit der Sozialdemokratie verbindet, stellt sich natürlich die kritische Unterstützung der SPÖ, als taktischer Zugang zu den Arbeitern, ohne auch nur im geringsten die Verantwortung und Schuld der SPÖ an dieser Entwicklung zu verschweigen. Da spricht die GRM monatelang von "Einheitsfrontpolitik" und e.h. hat kein Wort davon begriffen. Weiter - was immer sich e.h. unter einer "sozialistischen Alternative" vorstellen mag, gerade diese taktische Methode (Zugang und Anknüpfung an die zwar von Illusionen gekennzeichneten, aber kampfbereiten Arbeiter) kann der entscheidende Hebel für den Aufbau einer revolutionären Partei (wir drücken uns halt noch ein bisserl 'konservativ' aus) werden. e.h. schafft einen Gegensatz, der nicht besteht, er baut Pappkameraden auf, damit auch er einmal einen Standpunkt abschiessen kann!

Was ist nun die "sozialistische Alternative", die in der November-Ausgabe der 'rotfront' einigemale erwähnt wird? Keine Antwort von der GRM, ausser dass sie eben "notwendig" ist...

Wie wir die GRM aber kennen, wird sie wahrscheinlich wieder einmal etwas "Neues" aus dem 'Topf' zaubern. Bis dahin bleibt zu rätseln, ob es sich vielleicht schlicht um eine 'grooosse' GRM handelt, um eine Aktionseinheit oder sonstwas. Kein Wort, auf welcher politisch/programmatischen Basis diese "Alternative" stehen, welche Ziele sie verfolgen soll! Ziemlich unseriös diese Methode, zuerst einen schicken 'undogmatischen' Begriff abzuwerfen, um dann nachzudenken, was man eigentlich damit meinen könnte...

Unserer Ansicht nach kann das Potential der "Nein"-Stimmen im Wesentlichen nicht als Mobilisierungs- und Rekrutierungsfeld der Linken Verwendung finden. Weit wichtiger ist für uns das verstärkte politische Agieren in Betrieben und Gewerkschaften, wo die Verdeutlichung der Gefahren der Arbeitslosigkeit bei Teilen der Arbeiterklasse zu einer Linksentwicklung führen kann. Der Aufbau einer 'Alternative' zu SPÖ und KPÖ ist immer notwendig und die Frage, ob sich die konjunkturellen Bedingungen für diesen Aufbau verbessert haben, kann die GRM einzig mit der "politischen Unzufriedenheit" beantworten, was absolut ungenügend ist.

Antifaschist freigesprochen!

Diese letzte Verhandlung gegen den Antifaschisten H.W. war in mancherlei Hinsicht bemerkenswert. Zum ersten ihre Dauer von rund 4 Stunden, dann der Freispruch H.W.s, und schließlich unterschied sie sich von vielen früheren politischen Prozessen positiv dadurch, daß sich der Angeklagte bewußt als Antifaschist verstand und das auch sagte! Endlich kehrte man auf den 'Teppich' der Realität zurück: Die Nazis hatten H.W. herausgegriffen, weil er als aktiver Antifaschist bekannt ist. Der faschistische Zeuge PATY kennt ihn aus ihrem gemeinsamen Heimatort, H.W. befindet sich in der Fotokartei der ANR, in der sie die Linken archivieren - eine Tatsache, mit der die ANR-ler GASSER und KMENT vor Gericht offen protzten. Sie fügten noch hinzu, daß ihnen H.W. auf der Uni schon seit längerer Zeit "aufgefallen" sei. Ja, H.W. war ihnen aufgefallen, deswegen zeigten sie ihn an und überboten sich bei der Polizei und vor Gericht gegenseitig mit ihren Lügengeschichten.
Und H.W. wies auf das alles in seinem Abschlußstatement hin - damit begegnete er nicht nur der Absicht der bürgerlichen Justiz, ihn zu kriminalisieren, sondern wirkte auch überzeugend, was von den angeklagten Antifaschisten in früheren Prozessen wirklich nicht gesagt werden kann.

Bravo!

Überhaupt nichts besonderes sind hingegen die vielen Widersprüche gewesen, in die sich die Nazizeugen erneut verwickelten. Sie konfrontierten das Gericht mit einer Vielfalt von Gegensätzen zu früheren Aussagen, offenen Lügen und saudummer Stellungnahmen. In den ersten drei Verhandlungen traten sie ja auch nicht klüger auf. Die 'hellsten' im Kopfe dürften sie nicht sein!

Allerdings hatten sich bürgerliche Richter von solchem noch nie beeindrucken lassen, wenn sie Antifaschisten verurteilten (siehe den Prozeß gegen den Antifaschisten G.W.!). Doch dieses Mal klappte die 'technische' Verteidigung besser, was beweist, wie richtig es ist, wenn wir eine genaue Vorbereitung der politischen Prozesse fordern.

Letzten Endes müssen wir auch sehen, daß die bürgerliche Justiz heutzutage keine antifaschistische Bewegung einzuschüchtern braucht. Es gibt sie nicht. Die Richterin war bei H.W. offensichtlich auf keine unbedingte Verurteilung aus. Sie versuchte ihn sozusagen 'normal' zu kriminalisieren, als wären die Auseinandersetzungen zwischen uns und den Nazis die Angelegenheit von Schlägergarden. Für das Gericht waren die Zeugenaussagen entscheidend, egal ob sie von rechter oder linker Seite kamen. Und da schnitten die Antifaschisten am 4.12 eben besser als früher ab.

Konnte die Richterin nicht anders? Wir sollten nicht vergessen, daß die bürgerliche Justiz schon anders gekonnt hatte und 'morgen', wenn es sein muß, schon wieder anders können wird!

GEGENPOL: Erfolge und Probleme

Mit der Herausgabe der Broschüre "Kampf dem Faschismus" (aus dem Inhalt: Bericht über die ANR, Neofaschismus in Österreich und antifaschistischer Kampf, Entnazifizierung nach 1945, Kampf dem Faschismus - keine Illusionen in den bürgerlichen Staat, Polizeistaat BRD, Was ist Faschismus?) - die Broschüre kann auch über unser Postfach bestellt werden - hat das Komitee ein wichtiges Ziel nach der Sommerpause erreicht. Dahinter steckt eine ganze Menge Diskussion, Redaktions- und technischer Arbeit. Der Verkauf läuft zur Zeit auf vollen Touren. Kritisch und auch selbstkritisch - 2 unserer Genossen arbeiten im Komitee mit - möchten wir hier aber anmerken, dass die Diskussion optimaler hätte sein können. Der Meinungsaustausch, etwa zum Thema "Entnazifizierung nach 1945" wurde nur ansatzweise geführt. Ein Punkt, der noch nachzuholen ist!

VIELE IDEEN FÜR WENIGE

Eine Absicht des Komitees war es, mit der Broschüre intensive antifaschistische Propaganda vor Schulen zu betreiben. Vor dem Sommer unternahm es Flugblattaktionen vor der Berufsschule Mollardgasse, vor kurzem wurde vor Mittelschulen verteilt. Dort, wo das geschah, stiessen wir grösstenteils auf Desinteresse von seiten der Schüler. Ohne Zweifel ist - gerade für eine solche schwache Gruppe wie GEGENPOL - jene Methode der Auswahl von Aktionsorten: Wo kommen die meisten Schüler zusammen?, nicht zielführend. Solche Unternehmungen müssten über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden, um konkrete Lehren ziehen zu können. Doch fehlen uns dazu die Kräfte, andere wichtige Arbeiten müssten aufgegeben werden, was ganz pragmatisch zur Überlegung führen würde: Wir wenden uns heute nicht an die Masse der Lehrlinge, Schüler usw., sondern an die Fortgeschrittensten, an jene, die bereits die Notwendigkeit vom antifaschistischen bzw. Kampf gegen die politische Unterdrückung begreifen. Das sollte unserer Meinung nach auch bei den geplanten Aktionen in Jugendzentren bedacht werden.

FÜR EINE DISKUSSIONSVERANSTALTUNG ÜBER PROZESSTAKTIK!

Ein zweiter Schwerpunkt nach der Sommerpause bestand in der Solidaritätsarbeit für angeklagte Antifaschisten. Gemeinsam mit GRM, SOAK und uns rief GEGENPOL zur Unterstützung des vor Gericht stehenden Antifaschisten G. W. auf. Er wurde inzwischen verurteilt. Die Genoss(inn)en des Komitees verfolgten den Prozess genau. Wie wir waren sie nicht bloss mit dem Prozessverlauf, sondern auch mit der Verteidigungsführung unzufrieden. Wir machten G. W. noch vor dem Urteilsspruch auf seine unzweckmässige Verteidigungstaktik aufmerksam, und das Komitee fasste später seine Kritik in einem Brief an die linken Organisationen zusammen. Nächstes Ziel des Komitees ist es, über die Frage der Prozesstaktiken gemeinsam mit der Linken zu diskutieren und eine Veranstaltung durchzuführen. "Einladungen müssten weiters an 'rote' Juristen, wie an unorganisierte Linke gehen."

GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG VON ANTIFASCHISTEN!

Zum Prozess gegen G. W. schreibt GEGENPOL:
"Im wesentlichen machen wir a) die dilettantische Vorbereitung des Prozesses durch die Antifaschisten, b) die unpoliti-

FORTSETZUNG AUF SEITE 2o

Klassenjustiz und politische Unterdrückung

BRD: PROZESSLAWINE GEGEN DEN 'KOMMUNISTISCHEN BUND'

Während sozialdemokratische Philister in der BRD wieder einmal über die von ihnen gestützten Berufsverbote jammern, hat die bürgerliche Justiz zu einem neuen Schlag ausgeholt. Diesmal ist ihr Opfer der 'Kommunistische Bund', der sich durch die zunehmende polizeistaatliche Repression nicht einschüchtern liess und konsequent für die Verteidigung demokratischer Rechte eintrat. Offenbar ist diese Haltung für die Staatsorgane ein Dorn im Auge.

Am 17. 10. kamen auf den presserechtlich Verantwortlichen des 'Arbeiterkampf' (Zeitung des KB) Kai Ehlers gleich zwei Urteile zu. In dem einen Prozess wurde Kai Ehlers "von dem Vorwurf freigesprochen, er habe unrechtmässig aus der Anklageschrift gegen den Rechtsanwalt Groenewold zitiert" (siehe AK Nr. 141). Der andere Prozess ging für den KB nicht so glimpflich aus. Das Gericht verurteilte K. Ehlers zu 2.700 DM Strafe - die bislang höchste Verurteilung gegen den KB - weil sich Strauss durch die AK-Schreibweise seines Namens verunglimpft fühlte. Ab sofort muss F.J. StrauSS richtig geschrieben werden. "SS" weckt halt ungute Assoziationen! In diesem Zusammenhang ist auch die Verurteilung des DGB-Chefs Vetter zu 5.400 DM interessant, weil er Strauss als "Schweinehirten" bezeichnet hatte.

Und schon steht ein weiterer Prozess dem KB bevor. Auf der Grundlage des Paragraph 90a StGB ("Staatsverleumdung") wegen der "Stammheim-Berichterstattung" im AK Nr. 117 und wegen der Herausgabe des Russell-Buch Nr. 5 versucht die Justiz weiter zu bohren. Sie setzt damit zweifellos einen der schwersten Angriffe auf den KB überhaupt. Dem KB wird von der Staatsanwaltschaft nichts Geringeres vorgeworfen, als in dem Russell-Buch Nr. 5 "Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD - Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo" seine politische Linie zu der Entwicklung der BRD dargestellt zu haben. Bezeichnenderweise heisst es u. a. in der Anklageschrift: "Nicht nur der Titel des Buches, sondern zahlreiche Textstellen enthalten die Behauptung, ein neuer faschistischer Staat sei im Entstehen begriffen. Es wird dabei aber nicht nur von einer m ö g l i c h e n Entwicklung gewarnt, sondern schon jetzt wird die Bundesrepublik Deutschland als Polizeistaat (!) bezeichnet." Dieser direkte Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit muss als Bedrohung für die gesamte westdeutsche Linke verstanden werden. Eine Verurteilung würde es unmittelbar faktisch ermöglichen, die Zensur auf das Agitations- und Propagandawesen jeder einzelnen Organisation der Linken sukzessive auszudehnen. Nur die aktive Solidarität in der BRD und international wird eine Verurteilung verhindern können.

Der KB hat auch ein Spendenkonto für seine Prozesse eröffnet. Spenden können unter dem Stichwort "Prozess Russell-Buch 5" und/oder "Prozess Stammheim-Berichterstattung" auf folgendes Konto eingezahlt werden:

BfG Hamburg Kto.-Nr. 12 443 653 Arbeiterhilfe e. V.

Klassenjustiz und politische Unterdrückung

ANTIFASCHIST G. W. VERURTEILT!

In der 3. Verhandlung gegen den Antifaschisten G.W. wegen leichter Körperverletzung an Nazi Küssel stand eine Frage im Mittelpunkt. Was ist von der Ankündigung des Verteidigers G.W.'s zu halten, den "wirklichen Täter" vorzuführen? Eben wegen dieser Ankündigung hatte das Gericht das Verfahren vertagt und am 6.11. eine neue Verhandlung im Bezirkestrafgericht am Hernalser Gürtel angesetzt.

Das Gericht wurde enttäuscht. Vor ca. 15 anwesenden Antifaschisten klärte sich diese Ankündigung als "Mißverständnis" auf. Zeugin M., die den Namen des "wirklichen Täters" angeblich gewußt haben sollte, konnte dies nur als Mißverständnis bezeichnen. Sie habe zwar Gerüchte gehört, Genaueres wisse sie aber auch nicht. Eine Groteske fand ihr Ende.

Die Richterin verurteilte daraufhin G.W. nach § 83/1 des StGB (leichte Körperverletzung) zu einer Strafe von 2.000 öS und nach § 389 zur Bezahlung der Verfahrenskosten mit zusätzlich 400 öS. Damit wurde ein weiterer Antifaschist kriminalisiert.

Ziehen wir eine Bilanz der bisherigen Verfahren gegen Antifaschisten, so müssen wir registrieren, daß jeder Prozeß mit einer Verurteilung der Angeklagten endete. Die antifaschistischen Kräfte haben auf der Gerichtsebene eine eindeutige Kriminalisierung ihrer Ansichten und ihrer Tätigkeit hinnehmen müssen. Ebenso zu betonen ist die Tatsache, daß alle bisherigen Prozesse gegen Antifaschisten von den Angeklagten ausgesprochen unpolitisch geführt wurden. Die Verurteilung G.W.'s hat in diesem Zusammenhang nur noch einmal bestätigt, wie notwendig eine Diskussion aller linken Kräfte über die Bedeutung des Kampfes gegen die bürgerliche Justiz geworden ist.

FORTSETZUNG VON SEITE 19

sche Prozesstaktik der Verteidigung und c) die Vorgangsweise der Verteidiger G. W.s für den deprimierenden Prozessverlauf verantwortlich."

Ein wichtiges Prinzip sei im Prozess verletzt worden:
"dass man immer dem Ansinnen der bürgerlichen Justiz, die politisch Angeklagten als Kriminelle abzuqualifizieren, entgegentreten muss!"

G. W. spielte die Rolle eines zufällig Angeklagten und trat nicht als Antifaschist auf, der er ist. Selbstverständlich, so stellte das Komitee fest, "müssen bei einem solchen politischen Prozess auch 'technische Angelegenheiten' aufs Tapet gebracht werden, um die Lügen der Anklage und Faschisten zu entlarven."

Doch im Prozess haben nur solche Überlegungen eine Rolle gespielt, was vom GEGENPOL als "politisch fatal" bezeichnet wird. Wir möchten hier hinzufügen, dass selbst auf dieser 'technischen' Ebene die Verteidigung äusserst stümperhaft agiert hatte - banalste Widersprüche der Anklage und Faschisten wurden kaum genützt. Damit haben die Antifaschisten an Überzeugungskraft eingebüsst, was auch die logische Konsequenz davon ist, einen politischen Prozess unpolitisch zu führen.

"Dass gerade G. W. von KÜSSEL der Polizei angezeigt worden war, wurde in den Verhandlungen systematisch als Zufall erklärt und nicht damit, dass G. W. ein aktiver Antifaschist ist, der den Nazis ein Dorn im Auge ist."

Die Rolle der Nazis wurde ebenfalls - nicht nur von der Justiz - verzerrt dargestellt. Im Gegensatz dazu "musste wieder herausgestrichen werden", stellt GEGENPOL fest:

"Die Nazis waren die Angreifer, sie kamen mit Helmen und Schlagstöcken - das war die Realität des 17. Juni 1977 (Tag der Anzeige - Anm.'p.r.')... Ihr Jubeltag (17. Juni 1953 - Aufstand der ostdeutschen Arbeiter), von ihnen als "Tag der deutschen Einheit" bezeichnet, ist eine einzige Provokation gegenüber der ostdeutschen Arbeiterklasse und der Linken. Aber von all dem hörte man 4 Verhandlungen lang nichts."

Den Verteidiger G. W.s trifft ein "Gutteil der Schuld für die Verurteilung", der "sich auch sonst keine Hände für seinen Mandanten ausgerissen hat."

BETEILIGT EUCH AN DER PROZESSTAKTIKDISKUSSION IM KOMITEE UND BEI DER VERANSTALTUNG!

Im GEGENPOL läuft zur Zeit eine Diskussion zum Thema Prozesstaktiken. Es werden die Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit der bürgerlichen Justiz (Karl Liebknecht u.a.), aus den Grohnde-Prozessen, den Paragraph-282-Prozessen in Österreich u. a. debattiert.

In den letzten Wochen starteten die Genoss(inn)en eine Spendenaktion für G. W., bei der fast S 400.- gesammelt wurden. In dem dazu herausgekommenen Flugblatt forderten sie noch einmal die linken Organisationen dazu auf, zu einer Diskussionsveranstaltung Stellung zu nehmen.

EINE FÜLLE POLITISCHER UNTERDRÜCKUNG!

Eine ganze Menge anderer Prozesse laufen, bzw. drohen. Im Zuge der Aktivitäten rund um die Volksabstimmung wurden eine Reihe von AKW-Gegnern angezeigt - oft wegen banalster 'Vergehen'. Auf einer der letzten Komitee-Treffs berichtete ein WOGA-Aktivist, dass ihm die Staatspolizei bis ins Haus nachgeschnüffelt und die Nachbarn aufgewiegelt habe.
Die Palmers-Prozesse beginnen im Dezember. Alles Ereignisse, auf die die Linke vorbereitet und solidarisch sein sollte.
Gegen den KB/Nord in der BRD geht die Klassenjustiz derzeit verstärkt vor. Der Prozess gegen das 'Russell-Buch 5' ist für den 1. Dezember anberaumt. Wegen der StrauSS-'Beleidigung' ist er zu 2 700 DM verurteilt worden. In Sachen "staatsverleumdender" Zweifel an den Stammheimer "Selbstmorden" droht ein weiterer Prozess gegen den KB. Auch hier muss 'Öffentlichkeit' geschaffen werden. GEGENPOL will das tun und den KB nach Kräften unterstützen!

VERANSTALTUNG VON GEGENPOL:

POLITISCHE PROZESSE UND PROZESSTAKTIK

ZEIT: 12.12. 1978, 19 UHR

ORT: AKADEMIE DER BILDENDEN KÜNSTE, 1olo WIEN, SCHILLERPLATZ 3, PERSPEKTIVENSAAL

Die nächste Broschüre soll eine Art 'Sondernummer' sein. Noch aus dem Material der früheren 'AG-Politische Unterdrükkung im Ausbildungsbereich', das durch Aktuelles ergänzt wird (z.B. der neue Entwurf des Dienstrechtes für Bundesbeamte, der eine Art Radikalenerlass darstellt), soll die Repression gegen Lehrer in Österreich im allgemeinen und konkret am 'Fall' Wimmer (Wr. Neustädter Lehrer, dessen Dienstvertrag wegen seines fortschrittlichen Unterrichtes nicht mehr verlängert wurde) aufgezeigt werden. Dazu wird im Komitee diskutiert werden. In diesem Zusammenhang tauchen selbstverständlich auch grundsätzliche Probleme, wie das der Funktion der kapitalistischen Schule, auf. Hier dürfte sich das Komitee nicht verzetteln. Wir für unseren Teil meinen, dass in der Diskussion einer lehrerbornierten Ausrichtung - wo nur die Repression gegen Lehrer wichtig ist - entgegnet werden muss.
Insgesamt gesehen stehen heute dieser Fülle von Aufgaben eine Verschlechterung der Bedingungen für eine systematische Antirepressionsarbeit gegenüber. Die 'Sensibilisierung' der Linken gegen die politische Unterdrückung ist seit den vorjährigen Faschistenaktivitäten und der durch die Palmersentführung entfachten Terrorhysterie leider zurückgegangen. Trotzdem beweist die eindeutige Zunahme der staatlichen Repression gegen die Linken die Notwendigkeit einer koordinierten Abwehr.

DAHER KOMMT ZUM
Komitee GEGEN POLitische Unterdrükkung!

Es trifft sich

JEDEN DONNERSTAG im PORRHAUS
1040 Treitlstrasse 3, 4.Stock/ Zim. 65a

ker eigens aus den USA einflogen und ihn sagen liessen, dass die AKW-Gegner ein "schlechtes Gewissen" wegen ihrer Autos haben und dieses nun auf die Atomkraft projezieren würden... Dass gerade Arbeiter den AKWs positiv gegenüberstehen und darüberhinaus noch oft eine besonders innige Beziehung zum Auto haben, dieser eklatante Widerspruch dürfte jenen wissenschaftlich getarnten Kasperl der Bourgeosie kaum stören.

Gerade weil bei weiten Teilen der österreichischen Linken heute eine Stimmung vorherrschend ist, die die gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr zur Kenntnis nimmt, ist es notwendig zu betonen, dass die mehr oder weniger formierte Bewegung bzw. Stimmung gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf vor allem in den Bundesländern eindeutig unter keineswegs verheimlichten reaktionären Vorzeichen stand. Die Katholische Kirche brachte nicht nur die "Auflehnung gegen Gott" (der alte Herr ist wirklich für alles zu gebrauchen...) sondern auch die "Fristenlösung" in einen direkten Zusammenhang mit der sogenannten 'friedlichen Nutzung der Atomenergie'. Es war auch nicht weiter verwunderlich, dass wenige Tage vor dem 5. November jener Steinhauser, der führend bei der Organisierung des reaktionären Frächterstreiks im Sommer dieses Jahres war, als Sprecher einiger 'Bürgerinitiativen' auftrat und den ÖGB-Vorsitzenden Benya rüde und beleidigend wegen dessen "Ja"-Haltung angriff. Gerade das Auftauchen dieses Steinhausers beweist (neben anderen Faktoren, wie z. B. der Tatsache, dass in Salzburger Komitees gegen AKWs führende FPÖ-Mitglieder tätig sind) die Berechtigung unserer Behauptung, dass weite Teile der Anti-AKW-Bewegung hierzulande einer sich abzeichnenden Rechtsentwicklung kleinbürgerlicher Schichten entsprechen (gegen "Staatsbürokratie", "zuviel Staat" und eben auch die Gefährdung des Lebens durch eine "allmächtige und arrogante Staatsbürokratie"), was konsequenterweise schliesslich eine Stärkung der bürgerlichen Oppositionsparteien zur Folge haben muss.

NEU!

BUCHLADEN FÜR LINKE LITERATUR



KARL WINTER OHG

ROTBUCH

6., Esterhazygasse 20

- *Sozialistische Theorie*
- *Ökonomie*
- *Emanzipation*
- *Dritte Welt*
- *Belletristik*
- *Schallplatten*
- *Zeitschriften*

GEOFFNET:

Mo – Fr 9 – 18 h
Sa 9 – 12 h

Die Ausgangslage war also eindeutig. Die ÖVP gab vor, eine 'freie Entscheidung' der Bevölkerung zu befürworten. Ihr Parteivorsitzender Taus erklärte, mit "Nein" zu stimmen, die Plakate, die inhaltlich von der Parteizentrale in Wien bestimmt waren, sagten ebenfalls "Nein", ohne dieses Wort im Text zu beinhalten (so konnte die 'Mutti der Nation' Schmitz die Plakate für ihre Agitation gegen die Atomkraft benützen, indem sie eben nur mehr 'daher Nein am 5. November' dazusetzen liess), die Argumentation der Partei war aber nicht einheitlich (aus den bereits oben genannten Gründen). Die FPÖ trat schon seit einiger Zeit offen und geschlossen gegen Zwentendorf auf und konnte daher auch mühelos ihre "Nein"-Propaganda abziehen. Auf diese Ausgangslage musste nun die Sozialdemokratie reagieren, nicht zuletzt deshalb, weil es auch in ihren Reihen eine relativ starke Bewegung gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf gab, die weniger in der Arbeiterbasis als im Apparat und in den Jugendorganisationen zum Ausdruck kam. Kreiskys "Zeigen wir es den Anderen" machte dann auch den 5. November zu dem, was er unter den herrschenden politischen Bedingungen nur sein konnte: Zu einer - wenn man so will - 'kleinen Vorwahl'. Kreisky reagierte auf eine einsetzende Polarisierung und trieb diese damit noch weiter. Dies hatte zur Folge, dass erstens viele AKW-Gegner in der Sozialdemokratie (die noch dazu nie prinzipiell gegen die Nutzung der Atomenergie, sondern nur gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf unter den derzeitigen Bedingungen aufgetreten waren) sich an die Parteidisziplin hielten und andererseits viele AKW-Befürworter aus den bürgerlichen Reihen - Gegner der Sozialdemokratie - mit "Nein" stimmten, oder sich der Stimme enthielten, bzw. ungültig abstimmten.

Das Ergebnis der Volksabstimmung (die knappe "Nein"-Mehrheit") entspricht also keineswegs einer abstrakten Ablehnung oder Befürwortung der Atomkraft, sondern ist entscheidend von der Klassenzugehörigkeit und der Stellung zu den Parteien geprägt und bestimmt. Wenn wir die Ergebnisse genauer betrachten, so kann wohl kaum übersehen werden, dass im wesentlichen alle Arbeiterbezirke Wiens und alle Industriestädte und Industrieregionen eine "Ja"-Mehrheit ergaben, während in Wiens bürgerlichen Bezirken und in den Agrargegenden mit einer reaktionären politischen Struktur (so gab die grosse "Nein"-Mehrheit in Vorarlberg, wo der "Weltbund zum Schutze des Lebens" unterstützt von den erzreaktionären 'Vorarlberger Nachrichten' die führende Kraft der Anti-AKW-Bewegung ist, den Ausschlag für die nationale knappe "Ja"-Mehrheit) eine "Nein"-Mehrheit zu sehen ist. Wenn nun jemand allen Ernstes annimmt, dass diese wohl eindeutige Polarisierung der Klassen ungeachtet von politischen Vorstellungen und Erwartungen zustandekam, muss ihm eine grosse Portion Weltfremdheit zugestanden werden. Natürlich gibt es bei den einzelnen regionalen Ergebnissen auch wenige Ausnahmen, aber diese können nicht ernsthaft gegen das Ergebnis als Gesamtes herangezogen werden. Kurz - das Ergebnis der Volksabstimmung am 5. November hatte eine politische Stärkung von ÖVP und FPÖ zur Folge.

In der Linken gibt es nun Stimmen, die meinen, dass schliesslich doch auch die Industriellenvereinigung eine 'Niederlage' erlitten habe, da die Spitzen der Bourgeoisie eindeutig auf eine rasche Inbetriebnahme von Zwentendorf gedrängt haben und deshalb auch in Konflikt mit der "bürgernahen" Demagogie der ÖVP gekommen waren. Tatsächlich sprachen Vertreter der Industriellenvereinigung in ersten Reaktionen auf das Ergebnis des 5. November von einer "Katastrophe", was jene vorhin genannten Stimmen bestätigen könnte. Doch auffallend war, dass die "Katastrophen"-Stimmung rasch wich und ÖGB-Präsident Benya sich auch nach dem 5. November darüber beklagt, dass die 'grosse Industrie' weiter die Volksabstimmung demagogisch gegen die Sozialdemokratie gebrauchte (so z.B. in Belangsendungen im Rundfunk). Dies lässt den Schluss zu, dass der österreichischen Monopolbourgeoisie in der momentanen Situation die Inbetriebnahme von Zwentendorf weniger wichtig ist als eine politische Niederlage der Sozialdemokratie.

Die Reaktion der Sozialdemokratie auf diese politische Niederlage war durch zwei Momente gekennzeichnet. Zum ersten brachte sie einen Gesetzesentwurf im Parlament ein, der die Nutzung der Atomenergie in Österreich generell ausschliesst (dieses Gesetz könnte natürlich von einer anderen Kräftekonstellation im Parlament wieder aufgehoben und geändert werden, was aber wohl kaum ohne eine vorhergehende Volksabstimmung geschehen dürfte) und dem die bürgerlichen Parteien zustimmen müssen. Mit diesem Gesetz will die SPÖ verhindern, dass der einsetzende Wahlkampf zu den im Herbst des kommenden Jahres stattfindenden Nationalratswahlen von ÖVP und FPÖ weiter in diese Richtung benützt werden kann, was aber auch durch dieses Gesetz nicht zu verhindern sein wird. Zum zweiten ist die Sozialdemokratie gezwungen, auf die einsetzende Rechtsentwicklung zu reagieren. Genau dies soll mit den "Sondervollmachten" erreicht bzw. begünstigt werden, die der Parteivorstand der SPÖ Kreisky zubilligte (d.h. dieser kann nun alleine bestimmte Entscheidungen treffen, ohne den Parteivorstand vorher zu befragen). Die Entscheidungen, die Kreisky treffen wird, werden zwar keineswegs Verbesserungen für die Arbeiterklasse bringen, aber gewisse 'kosmetische' Verschönerungen beinhalten, die noch dazu nichts kosten: 'Privilegienabbau bei den Politikern' (gerade dies ist ein zentraler Punkt, an dem die Demagogie der bürgerlichen Parteien ansetzt, wir erinnern nur an die Kampagne gegen den Finanzminister), Regierungsumbildung und offensichtlich die Vorbereitung einer 'Grossen Koalition' nach den nächsten Wahlen. Zumindest deuten die unlängst stattgefundenen Gespräche zwischen SP- und VP-Führung in diese Richtung.

Wer das Ergebnis der Volksabstimmung also allein unter dem Aspekt der 'Bestrahlung' und 'Nichtbestrahlung' sieht, mag nun einigen Grund zum Jubeln haben. Wer aber das Ergebnis dieser Volksabstimmung im Zusammenhang mit der politischen Situation in Österreich, d.h. deren Entwicklung und Veränderung, sieht, wird zu der Feststellung kommen müssen, dass dieses Ergebnis - in diesem Gesamtzusammenhang gesehen- eine Stärkung der Rechten und eine Niederlage der Sozialdemokratie bedeutet. Eine Niederlage der Sozialdemokratie, die aber nicht durch eine Linksentwicklung herbeigeführt wird, ist stets auch eine Verschlechterung der Situation für die Arbeiterklasse und damit letztlich auch für die Revolutionäre!

permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Zum Ausgang der Volksabstimmung

Welch ein „Sieg"...

Es kann ohne Zweifel mit Bestimmtheit gesagt werden, dass die "Nein"-Mehrheit, auch wenn sie denkbar knapp ausgefallen ist, eine grosse Überraschung für alle politischen Kräfte darstellte. Bruno Kreisky erlitt nach eigener Aussage "eine persönliche Niederlage", zeigte sich aber dennoch in seiner Reaktion noch immer als sozialdemokratischer Politiker von der 'besten Art', die man in dieser Gruppe Menschen finden kann. Die öffentlichen Wortführer der AKW-Gegner, Tollmann ("eine Bewegung, wie ich sie seit dreissig, vierzig Jahren nicht mehr gesehen habe") und Schmitz ("Ombudsfrau des ungeborenen Lebens") zeigten sich ausser sich vor Freude über die "Reife" des Volkes, welches nun angeblich seinen "gesunden Verstand" bewiesen und in die Waagschale geworfen hätte.

Indes, die Realität spricht eine andere Sprache als diejenige, die ihren Ursprung in den schwachen, idealistischen Gehirnen hat. Um den Ausgang der Volksabstimmung tatsächlich illusionslos und ohne jede kindliche Euphorie zu verstehen, ist es nötig, die politischen Bedingungen, die sich vor dieser Abstimmung zeigten, kurz zu skizzieren. Vorerst einmal sei gesagt, dass auch wir vom Ausgang der Volksabstimmung überrascht waren, wenngleich unsere Argumentationslinie gegen die Volksabstimmung und für den Boykott der Farce des 5. November nicht im geringsten auf der Grundlage von zu erwartenden Mehrheiten aufgebaut war. Im Grunde genommen lag die Erwartung einer "Ja"-Mehrheit, die einige Male in den Spalten dieser Zeitung getroffen wurde, in einer zu geringen Umsetzung der Konsequenzen, die sich aus unserer Einschätzung der politischen Konstellationen rund um die Volksabstimmung ergaben. Bereits vor Monaten hatten wir geschrieben, dass die "Nein"-Stimmen von der FPÖ, der rechten ÖVP, sowie vom gesamten reaktionären Potential in diesem Land ("Aktion Leben"-Reservoir, Turnerbünde usw.) kommen würden, die "Ja"-Stimmen hingegen vor allem aus der Arbeiterklasse.

Diese Einschätzung wurde nicht nur bestätigt, die reale politische Entwicklung, die Reaktionen der parlamentarischen Parteien und ihre Konsequenzen haben diese Aufteilung noch weiter getrieben, bzw. verstärkt. Kurz - bei diesem politischen Ausgangspunkt hätten wir eigentlich die Möglichkeit einer "Nein"-Mehrheit durchaus einbeziehen müssen.

Bruno Kreisky stand ohne Zweifel im Mittelpunkt des Denkens und Handelns der Menschen kurz vor dem 5. November. Nach der Niederlage bei den Wiener Gemeinderatswahlen (eine Niederlage vor allem deswegen, weil tausende sozialdemokratische Stammwähler aus den Arbeiterbezirken der Wahl ferngeblieben waren) hatte er auf der ausserordentlichen Konferenz der Wiener Sozialdemokraten die Losung für den 5. November ausgegeben: "Wir zeigen es den anderen". Kreisky reagierte auf die mehr oder weniger offene "Nein"-Propaganda von FPÖ und weiten Teilen der ÖVP, verband die Volksabstimmung nicht nur mit einer Abstimmung über die Regierungspolitik der Sozialdemokratie, sondern auch mit seiner Person, indem er auch einen Rücktritt (als Konsequenz einer "Nein"-Mehrheit) nicht generell ausschloss.

Es ist wichtig festzuhalten, dass die Sozialdemokratie erst auf die Propaganda der offen bürgerlich-reaktionären Kräfte in Österreich reagierte. Es ist zu simpel und daher auch falsch, zu meinen, da die ÖVP die traditionelle Partei der österreichischen Bourgeoisie ist, sei das Ergebnis der Volksabstimmung eine Niederlage dieser Partei, da ja die 'grosse Industrie' klar und deutlich für die Atomenergie eingetreten war. Die ÖVP ist eben mehr als nur Befehlsempfänger der Industriellen. Ihre soziale Basis ist vor allem das städtische und ländliche Kleinbürgertum und das Auf und Ab dieser Partei wird von der Bewegung dieser Massen bestimmt, die nicht automatisch mit den politischen Interessen der 'grossen Industrie' gleichzusetzen ist, d.h. nicht in jeder Situation mit diesen Interessen übereinstimmt. Anders ausgedrückt: Die ÖVP ist gezwungen, auf Entwicklungen ihrer sozialen Basis zu reagieren (auch wenn sie dies in Teilaspekten in einen Widerspruch zur Industriellenvereinigung bringt) und zeigte sich auch vor der Volksabstimmung in einer widersprüchlichen Situation. Wir haben schon vor einiger Zeit auf die unterschiedlichen Konzepte hingewiesen, die in dieser Partei vertreten werden und die (kurz zusammengefasst) auf der einen Seite auf eine Koalition mit der nach rechts gegangenen FPÖ hinauslaufen bzw. auf der anderen Seite das Ziel einer Wiedereinrichtung der 'Grossen Koalition' mit der Sozialdemokratie haben.

Dementsprechend unterschiedlich war auch das Auftreten und Agieren der einzelnen Landessektionen der ÖVP zur Volksabstimmung, wobei wir in diesem Zusammenhang vor allem auf die Ablehnung eines Plakates der Wiener ÖVP-Landesleitung durch den Niederösterreichischen VP-Häuptling Maurer hinweisen, sowie auf die 'zögernde' Argumentation des Tiroler Landeshauptmannes Wallnöfer.

Die letzten Wochen und Tage vor dem 5. November waren durch eine politische Hektik gekennzeichnet, wie sie dieses Land schon lange nicht mehr gesehen hatte. Neben den gegenseitigen Beschuldigungen fanden wahre Orgien an Überklebungsaktionen statt, wobei der Staatsapparat nun einige Prozesse gegen AKW-Gegner anstrebt. Doch nicht dieses gegenseitige Überkleben des "Ja" bzw. des "Nein" war das Prägende an der Propaganda, sondern die obskure Art der Argumentation, wie sie von beiden Seiten gebraucht wurde. Der 'liebe Gott' wurde von kleinen unschuldigen Kindern gebeten, einmal "Ja", dann wieder "Nein" zu sagen, was den alten Herrn sicherlich in einen grossen Gewissenskonflikt gestürzt haben wird... Wenige Tage vor dem 5. November 'mahnte' ein an Hexenjagden erinnerndes grelles Plakat,"Nein" zu sagen, ansonsten man "schuldig" sei und sicherlich einmal "bezahlen" müsse. Kurz - die Obskuranten und Hysteriker fanden ein grosses Betätigungsfeld vor. Die AKW-Befürworter leisteten sich einen Scherz besonderer Art, indem sie den Psychoanalytiker Hak-

FORTSETZUNG AUF SEITE 21

'permanente revolution' ist das Zentralorgan der IKL und erscheint monatlich.

Abonnement: 12 Ausgaben S 7o.-
Einzelpreis: S 5.-

Bestellungen und Kontaktadresse:

IKL, Postfach 1454, 1o1o Wien.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stöger, Patzmanitengasse 14/65. 1o2o Wien.